

A1 Ruhe darf kein Luxus sein – Ruhebereiche für alle Regionalzüge!

Gremium: Jusos Unstrut-Hainich-Kreis
Beschlussdatum: 11.09.2025

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die Einführung von deutlich gekennzeichneten
- 2 Ruhebereichen in allen Regionalzügen in Thüringen – unabhängig von der
- 3 Wagenklasse.

Begründung

Wer mit dem Zug unterwegs ist, sollte die Wahl haben: Gespräche, Musik und Telefonate – oder Ruhe. Für viele Menschen ist der Zug nicht nur ein Ort der Fortbewegung, sondern auch ein Raum zum Lernen, Arbeiten oder zum Abschalten. Besonders für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Pendler*innen ist das Bedürfnis nach Konzentration und Rückzug während der Fahrt groß – etwa vor Prüfungen, nach langen Arbeitstagen oder in vollen Zügen auf dem Heimweg.

Besonders neurodivergente Menschen, etwa mit ADHS, Autismus-Spektrum-Störung oder Hypersensibilität, sind in überfüllten, lauten Zügen mit durchgängiger Beschallung, lauten Gesprächen oder feiernden Gruppen schnell an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Für viele ist das nicht nur unangenehm, sondern schlicht ein Ausschlusskriterium für den ÖPNV.

Aktuell gibt es in Thüringer Regionalzügen keine ausgewiesenen Ruhebereiche. Dabei zeigen andere Bundesländer, dass es besser geht: In Niedersachsen etwa bietet das Bahnunternehmen *metronom* Ruhebereiche außerhalb der ersten Klasse an, also dort, wo sie auch für Menschen mit kleinerem Geldbeutel zugänglich sind. Genau so muss es auch in Thüringen sein: Ruhe darf kein Luxus sein.

Ruhebereiche schaffen einen Rückzugsraum im stressigen Alltag und ermöglichen ein rücksichtsvolleres Miteinander im öffentlichen Nahverkehr. Gleichzeitig sind sie eine Maßnahme, um den ÖPNV attraktiver zu machen – was wir als Teil der sozial-ökologischen Verkehrswende dringend brauchen.

Deshalb fordern wir: Ruhebereiche müssen flächendeckend, klar gekennzeichnet und für alle zugänglich sein – unabhängig vom Einkommen.

A2 Projektwochenende Verteidigungspolitik – Jusos entwickeln Perspektiven.

Gremium: Jusos Ostthüringen
Beschlussdatum: 11.09.2025
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern ein Projektwochenende auf Bundesebene zum Thema
2 Verteidigungspolitik. Aus diesem Wochenende soll eine tragfähige Position der
3 Bundesjusos entstehen, welche sich mit den rasanten sicherheits- und
4 verteidigungspolitischen Veränderungen der letzten Jahre beschäftigt und als
5 Jugendverband einen klaren Blick auf ein immer präsenteres Thema für unsere
6 Generation gibt.

7 Als Jusos können wir uns zurzeit auf zwei Positionierungen beziehen, welche
8 reflektiert und auf den aktuellen Stand gebracht werden müssen: Der INI 01
9 „Zeitenwende aber Richtig“ vom Bundeskongress 2022, in dem die aktuelle
10 Ausrichtung der Jusos nach Beginn des Ukraine-Krieges umrissen wird und der W4
11 „Zwangsdienste abschaffen und Freiwilligendienste ausbauen!“ vom Bundeskongress
12 2010, als die Jusos sich zuletzt zur Abschaffung der Wehrpflicht positionierten.

13 Hierbei müssen aus unserer Sicht – unter dem Gesichtspunkt der von
14 Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius angekündigten Kriegstüchtigkeit 2029
15 – folgende Themen debattiert werden:

16 Der aktuelle Diskurs zum **Aufbau einer Reserve** – also um den freiwilligen
17 Wehrdienst, das schwedische Modell und Wehrpflicht – muss auf den Prüfstand, um
18 eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Reflektieren wir die aktuelle Regelung,
19 nach der für freiwillig Wehrdienstleistende, trotz Kündigung, eine Dienstpflicht
20 für 6 Wochen besteht. Entwickeln wir Ideen, mit denen falsche Erwartungen an das
21 Ableisten eines Dienstes reduziert werden – wie wäre es denn mit einem
22 mehrtägigen Schnupperdienst? Ist die Altersgrenze von 18 Jahren zeitgemäß, wenn
23 doch die meisten unter 32 nicht mehr von der Wehrpflicht betroffen waren? Und wo
24 wir schon dabei sind: Was ist mit der Wehrgerechtigkeit zwischen den
25 Geschlechtern?

26 Zum anderen sollten Ideen zum tatsächlichen **Aufwuchs des Personals** der
27 Bundeswehr abgewogen werden, um der aktuellen Tendenz, Personal über längere
28 Vertragslaufzeiten zu binden, eine echte Steigerung der Attraktivität
29 entgegenzusetzen.

30 Außerdem mangelt es uns an einer glaubhaften Positionierung zum ehemaligen
31 **Wehrersatzdienst**, welcher in Konkurrenz zu aktuellen Modellen wie dem
32 Bundesfreiwilligendienst, Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges
33 Ökologisches Jahr (FÖJ) stehen würde.

34 Doch neben der aktuellen Debatte stehen weiter die bekannten Themen: Mit welchen
35 Maßnahmen kann die **Unterwanderung durch Rechtsextremist:innen** trotz steigender

- 36 gesellschaftlicher Akzeptanz verhindert werden? Wie können on- und offline
37 Aktivitäten **fremder Nachrichtendienste** in Deutschland bestmöglich unterbunden
38 und behindert werden, ohne dabei die eigene Bevölkerung zu schikanieren?
- 39 Auch zu **Rüstungsausgaben, Koordination** mit den europäischen Partner:innen bei
40 Beschaffung und Entwicklung, **Schutz und Ausbau** von kritischer Infrastruktur,
41 Zivil- und Katastrophenschutz, sollten Positionen bei dieser Gelegenheit auf
42 Aktualität überprüft werden.

Begründung

Der Ukraine-Krieg und die zunehmende Verantwortung, die Deutschland als NATO-Mitglied unter anderem mit der Brigade in Litauen übernimmt, verändern für junge Menschen in Deutschland mehr als für Alte. Plötzlich wird für 2029 die Kriegstüchtigkeit für Deutschland ausgerufen, die Wiedereinführung der Wehrpflicht als reale Möglichkeit diskutiert und ein frühzeitiger Beschluss als Maßnahme bei Versagen der Freiwilligkeit kann nur durch hohen Druck auf dem Bundesparteitag verhindert werden.

Die letzte abgestimmte Position, die die Jusos dazu beschlossen haben, ist direkt nach Beginn des Ukraine-Krieges entstanden, zuvor wurde 2010 etwas zum Wehrdienst beschlossen. In den drei Jahren seit Kriegsbeginn hat sich die gesellschaftliche Stimmung massiv verändert. Plötzlich halten diejenigen, die es nicht mehr betrifft, eine Wehrpflicht wieder für angemessen. Während Kriegstüchtigkeit und massive Investitionen ausgerufen werden, werden Betroffene Mal wieder nicht ausreichend gehört. Auch innerhalb der Jusos betrifft die aktuelle Debatte in der Realität nur die Wenigsten – diejenigen, welche unter der Altersgrenze von 18 Jahren sind, wenn die Wehrpflicht in Kraft tritt. Alle anderen könnten sich weiter ohne Zwang freiwillig melden und somit „entspannt zurücklehnen“. Doch genau das dürfen wir als Interessenvertretung für junge Menschen innerhalb der SPD nicht tun. Mit Betroffenen, Expert:innen und unter Berücksichtigung der aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungen sollte ein durchdachtes Konzept erarbeitet werden, welches natürlich in den kommenden Jahren weiter reflektiert werden muss.

Mit Trump als US-Präsident nimmt Deutschland innerhalb der NATO eine gewichtigere Rolle ein und der Fokus zentriert sich auf Europa – dies gilt jedoch nicht für die Beschaffung, bei der weiterhin auch US-Unternehmen Großaufträge abräumen. Auch die Abstimmung mit unseren wichtigsten Partnerationen, was die Ausrüstung und Ausbildung an Systemen von Nationen, die im Verteidigungskonzept der NATO gemeinsam in ähnlichen Abschnitten aktiv sind, sollte zunehmend eine Rolle spielen. Die massiven Investitionen in Rüstung bringen Deutschland und die NATO nur weiter, wenn wir in unserem Verständnis als Transitland auch in unser Straßen- und Schienennetz sowie in unsere Häfen und Flughäfen investieren können. Auch unsere zivile Infrastruktur ist keinesfalls ausreichend für einen ernsthaften Bevölkerungsschutz. Der Grad zwischen der von Pistorius geforderten Verteidigungsfähigkeit zur glaubwürdigen Abschreckung und einem von Lobbyinteressen eskalierten und vom Kapitalismus getriebenen Wettrüsten, sollte aus der Perspektive eines pazifistischen Jugendverbandes beleuchtet werden.

A3 Arbeitskampf mutig führen: Achtstundentag verteidigen!

Gremium: Jusos Ostthüringen
Beschlussdatum: 11.09.2025
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die SPD-Bundestagsfraktion, die Bundesministerin für
- 2 Arbeit und Soziales Bärbel Bas und die Bundesjusos auf, sich statt der
- 3 Aufweichung des Achtstundentages weiter für die 25-Stunden-Woche einzusetzen.
- 4 Auf dem SPD-Debattenkonvent 2022 wurde auf Bundesebene bereits der Antrag „Mehr
- 5 Zeit für das was zählt – Arbeitszeitverkürzung jetzt!“ beschlossen. Die hier von
- 6 den Jusos geforderte Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 25 Stunden wurde
- 7 damals angenommen. Im Kampf um Arbeitszeit wurde hiermit ein klarer Impuls für
- 8 bessere Arbeits- und Freizeitbedingungen gesetzt.
- 9 In dieser Tradition kommt eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeiten nicht
- 10 in Frage. Im stetigen Kampf um Arbeitszeit und Lohn für diese, stehen die Jusos
- 11 klar gegen die als „Flexibilisierung“ getarnte Verlängerung zur Ausbeutung der
- 12 arbeitenden Bevölkerung.
- 13 Für uns ist daher klar: eine Aufweichung des Achtstundentages darf es mit dieser
- 14 Partei nicht geben. Dem aktuellen Klassenkampf von oben darf sich nicht gebeugt
- 15 werden!

Begründung

Nach dem neuen Konzept der Bundesregierung sollen die Arbeitszeitregelungen „flexibilisiert“ werden. Statt einer maximalen Arbeitszeit von acht Stunden am Tag, soll die wöchentliche Arbeitszeit flexibel verteilt werden können. Als maximale Wochenarbeitszeit stehen hier 41 bzw. 48 Stunden im Raum, welche flexibel auf deutlich weniger Tage als bislang verteilt werden könnten. Eine komplette Entkopplung von Arbeitstag und Arbeitszeit, als „Flexibilisierung“ getarnt, könnte für die Arbeitnehmer:innen jedoch tägliche Arbeitszeiten von zehn, zwölf oder sogar 14 Stunden zur Folge haben. Dabei sind flexiblere Arbeitszeiten in vielen Bereichen bereits heute möglich. Etwa in der Gastronomie sind es bereits Arbeitszeiten von bis zu 10 Stunden am Tag, im Gesundheitswesen arbeitet das Personal zum Teil in 12- und 24-Stunden-Schichten.

8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit, 8 Stunden Schlaf. Dies ist das Grundkonzept des Achtstundentages. Dabei gehen von der Freizeit bereits die Mittagspause und der Arbeitsweg ab. Freizeit ist dabei schon ein trügerischer Begriff, da diese eigentlich nicht nur der Erholung von der Arbeit dienen sollte. In der Zeit, in der sich Körper und Geist von der Arbeit erholt, besteht noch keine wertige freie Zeit, welche für die eigene Lebensgestaltung, Familie und Selbstverwirklichung bereitsteht. Hierfür ist eine Reduktion der täglichen Arbeitszeit notwendig.

Betriebs- und personalwirtschaftlich macht es Sinn, die Arbeitszeit nicht über 8 Stunden zu verlängern, da die langfristige Personalplanung andernfalls gefährdet wird. Der Mensch ist folglich selbst aus

betrieblicher Sicht ein Produktionsfaktor, der zwingend ausreichend Regeneration braucht. Es steigt etwa das Unfallrisiko nach den acht Stunden exponentiell an. Folgen zu langer Arbeitszeiten wie Schlafstörungen, Herz-Kreislaufkrankungen, Burn-Out und weitere bedeuten auch für das Unternehmen Ausfall von qualifiziertem Personal. Selbst wenn die aktuellen Regeln zu unflexibel wären: Flexibilisierung auf Kosten menschlicher Gesundheit ist nicht hinnehmbar.

Der Achtstundentag kann nicht dem Argument, man müsse die deutsche Wirtschaft retten, geopfert werden. Die vergangenen politischen Entscheidungen, z. B. in der Rezession zu sparen, dürfen nicht zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen. Das Argument, die deutsche Wirtschaft sei aufgrund einer "faulen" Bevölkerung in der jetzigen Situation, ist ökonomisch unterkomplex und ein Schlag ins Gesicht aller arbeitenden Menschen in Deutschland. Es besteht zudem kein Konsens unter Ökonom:innen, dass eine Erhöhung der täglichen Arbeitszeit das Allheilmittel ist. Bislang geleistete für Arbeitgeber:innen – oft kostenlos – geleistete Überstunden werden hier geflissentlich ignoriert.

Die Begründung, dass die Deutschen weniger arbeiten würden, als andere Europäer:innen, hinkt. Diese Annahme wird durch einen hohen Anteil an Teilzeitkräften verfälscht. Möchte man die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Deutschland zwingend erhöhen, sollte man sich auf Unterstützung für jene Kräfte fokussieren, denn Teilzeitkräfte leisten nebenbei oft unbezahlte Care-Arbeit. Es könnte Teilzeitkräften durch ein besseres Angebot an Kinderbetreuung und Pflege für Angehörige der Rücken gestärkt werden, um ihnen eine höhere Wochenarbeitszeit zu ermöglichen.

In Arbeitskämpfen geht es letztendlich immer um Zeit. Wie viel persönliche Lebenszeit wird den Arbeitgeber:innen zur Verfügung gestellt und wie teuer wird sie bezahlt. Die Jusos setzen sich hierbei bereits seit Jahren für eine Reduktion der Arbeitszeit und bessere Vergütung ein. Mit einer SPD-Arbeitsministerin darf es daher keine weitere Aufweichung der täglichen Arbeitszeit geben.

A4 Klimaschutz in Thüringen ernsthaft finanzieren.

Gremium: Jusus Ostthüringen
Beschlussdatum: 11.09.2025
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Die Jusus Thüringen fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für eine
- 2 Fortführung des Thüringer Windbeteiligungsgesetzes einzusetzen sowie die
- 3 Beteiligung der Gemeinden vor Ort und von Bürger:innen auszubauen. Außerdem
- 4 fordern wir, die Fortführung und stabile Finanzierung des Klimapaktes zum
- 5 effizienteren Ausbau kommunaler Klimaschutzmaßnahmen.
- 6 Wir fordern insbesondere die direkte Beteiligung von Anwohner:innen – wie im
- 7 ursprünglichen Entwurf vorgesehen – in das **Windbeteiligungsgesetz** aufzunehmen,
- 8 um so einen direkten Ausgleich zu schaffen.
- 9 Weitere Kürzungen bei der Finanzierung vom **Klimapakt** sind zu unterlassen und das
- 10 Budget wieder auf eine ernst gemeinte Finanzierung auszubauen. Die
- 11 Originalforderung von 50 Millionen Euro können hier als Untergrenze zur
- 12 Orientierung dienen.
- 13 Thüringens Zukunft muss klimagerecht sein.

Begründung

Wir alle wissen: Der Klimawandel kommt nicht, er ist längst da. Die Energiewende hin zu Grünen Energien muss geschafft werden, doch das geht nicht ohne Akzeptanz vor Ort. Hier hat das Thüringer Windbeteiligungsgesetz einen wichtigen Grundstein gelegt, um die monetäre Beteiligung von Gemeinden mit dem Ziel einer Verbesserung der Lebensbedingungen betroffener Anwohner:innen zu stärken. Auf diesen Grundstein muss nun aufgebaut werden, wofür zunächst sein Schutz vor Attacken der Koalitionspartner:innen wichtig ist. Wir wollen jedoch noch weiter gehen. Für den Gewinn der mit den Windkraftanlagen erwirtschafteten Stromerzeugnisse sollte die Abgabe von 0,1 ct an die Anwohner:innen von den Betreiber:innen gezahlt werden, zusätzlich zu den 0,2 ct pro Kilowattstunde, die bereits die Gemeinde erhält.

Jeden Sommer sterben insbesondere vulnerable Menschen durch Hitze. Diese Krise nimmt seit Jahren zu. Das Programm Klimainvest / Klimapakt war hier ein starkes Zeichen der Landesregierung zur Unterstützung der Kommunen beim generationengerechten Gestalten der Innenstädte. Eine Aussetzung der bisherigen Finanzierung darf daher aus unserer Sicht nicht durch die SPD-Landtagsfraktion toleriert werden.

A5 Kuschelkurs ohne Safeword? Wo sind die roten Linien in der Brombeerkoalition?

Gremium: Jusos Ostthüringen
Beschlussdatum: 11.09.2025
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern den Landesvorstand der SPD sowie die
- 2 Landtagsfraktion dazu auf, klare rote Linien in der Zusammenarbeit mit CDU und
- 3 BSW zu formulieren und glaubwürdige Konsequenzen aus dem Überschreiten solcher
- 4 zu ziehen.
- 5 Grenzen sollten bei Anträgen und Abstimmungen außerhalb der Koalition oder
- 6 Unterstützung von AfD-Kandidaturen gezogen werden. Als Maßnahme, bei
- 7 Überschreitung dieser Grenzen, soll der Übergang zu einer konstruktiven
- 8 Oppositionsarbeit angestrebt werden.
- 9 Daneben darf auch die medienwirksame Normalisierung rechtsextremer,
- 10 faschistischer, rassistischer oder menschenverachtender Positionen durch
- 11 Landtagsabgeordnete und Minister:innen von CDU und BSW von uns nicht
- 12 unkommentiert stehen gelassen werden. Es muss eine öffentliche Benennung,
- 13 Aufklärung sowie Einordnung vonseiten der SPD – neben der koalitionsinternen
- 14 Auswertung – stattfinden.

Begründung

Die Brombeerkoalition besteht aus drei Parteien: dem BSW, welches sich durch AfD-Podcasts kuschelt, der CDU welche gerne rechtsextreme Richter:innen wählen würde und der SPD-Fraktion, von der nichts zu hören ist.

Rote Linien, die vorab behauptet wurden, scheinen vergessen. Irgendwo zwischen Regierungsverantwortung und der Angst, ohne sie in der Regierung würde die Zusammenarbeit der anderen mit der AfD in einer Minderheitsregierung eskalieren und es würden sich wechselnde Mehrheiten gesucht, findet man die Rechtfertigung gelähmt daneben zu stehen. Nichts zu tun, nichts zu sagen und das Unrecht schweigend zu ertragen. Doch die SPD ist mehr als eine Vermittlerin von Positionen zwischen Konservativen und Linken und darf ihre eigene Identität nicht aufgeben, um sich letztendlich in die Bedeutungslosigkeit zu verabschieden.

Wir können keine Positionen aufgeben, die ureigen zu unserer Partei-DNA gehören. Denn ohne eigene Identität, die auch nach außen sichtbar sein muss, schaffen wir uns selbst ab. Wir sind und waren immer Antifaschist:innen und laut als solche! Wir haben den Anspruch eine Arbeiter:innenpartei zu sein, die es ernst meint mit dem Klassenkampf. Aber unser Sinn für Verantwortung und unsere zunehmende Duldung für die sich allmählich zuspitzenden antidemokratischen Bestrebungen rütteln an unserer Glaubwürdigkeit.

Ein Kompromiss darf nie durch Selbstaufgabe besiegelt werden.

A6 Polizeistaat? Nein, Danke!

Gremium: Jusus Ostthüringen
Beschlussdatum: 11.09.2025
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Die Jusus Thüringen fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, den aktuellen Entwurf
- 2 für das Polizeiaufgabengesetz anzupassen, um unverhältnismäßige
- 3 Grundrechtseinschränkungen zu verhindern.
- 4 Mit einer SPD in der Landesregierung dürfen aus Sicht der Jusus folgende Punkte
- 5 nicht beschlossen werden:
- 6 Die **Einführung von Tasern** als neue Standardwaffe der Polizei, die **Nutzung von KI**
- 7 **zur Musterüberwachung** zur Prävention von möglichen Gefahren, die **Automatisierte**
- 8 **Kennzeichenerkennung**, der **Einsatz von biometrischen Daten** zur Online-Fahndung.
- 9 Der **Einsatz von automatisierter Datenverarbeitung** mittels Palantir-Software und
- 10 Ablegern ist ebenso abzulehnen, wie die **Meldeauflagen** auf Verdacht.
- 11 Nachbesserungsbedarf besteht unter anderem im Bereich der geplanten Fußfessel.
- 12 Die hier vorgesehene elektronische Aufenthaltsüberwachung von Täter:innen –
- 13 welche mehrfach gegen Schutzauflagen verstoßen haben oder mit schweren
- 14 Straftaten drohen – bedarf, um Missbrauch vorzubeugen, mindestens richterlicher
- 15 Anordnung. Der Anwendungsbereich ist außerdem zu konkretisieren und auf die
- 16 Fälle von häuslicher Gewalt für besseren Opferschutz zu beschränken.

Begründung

Taser als neue Waffe für die Polizei in Thüringen sind in vielerlei Hinsicht umstritten. Zum einen können Polizist:innen die Vorerkrankungen deren Gegenübers in den meisten Fällen nicht kennen. Das Ausmaß der durch den Taser ausgeübten Gewalt kann somit in vielen Fällen nicht richtig eingeschätzt werden. In den USA gibt es nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters über 1000 Tote im Zusammenhang mit Tasereinsätzen. Eine versehentliche Tötung bei niedrigerer Hemmschwelle wird somit durch die allgemeine Verbreitung des Tasers billigend in Kauf genommen. Außerdem erhöht das sichtbare Tragen eines Tasers nach einer Studie der Cambridge University die Eskalationsgefahr und zusätzlich sinkt die Hemmschwelle der Polizei, Gewalt auszuüben. Daneben sind Taser nur eingeschränkt zuverlässig, insbesondere wenn das Gegenüber dickere Kleidung trägt, wie es in Deutschland über weite Teile des Jahres der Fall ist.

KI-Musterüberwachung ist eine verdachtslose Videoüberwachung, die aus unserer Sicht der Umsetzung von Gesichtserkennung im öffentlichen Raum Vorschub leistet. Die Installation von Kameras zur Überwachung von Menschen, die sich frei und unbedarft im öffentlichen Raum bewegen, stellt diese unter Generalverdacht. Die Festlegung, an welchen Orten diese Kameras etabliert werden sollen, unterliegt zudem einer politischen Willkür. Die Erkennung von Mustern, die über Festnahme, Großeinsatz oder ungerechtfertigte Gewaltanwendung entscheiden, darf einer KI in einem Rechtsstaat nicht überlassen werden. Zudem zeigen Auswertungen aus Großbritannien, dass sich Straftaten durch Videoüberwachung lediglich in geschütztere Räume verschieben. Eine Reduktion fand dort insbesondere bei

Eigentumsdelikten in den überwachten Arealen statt, während sich weder die Sexual- noch Gewaltdelikte reduzierten. Eine KI, die Muster erkennt, ist zudem anfällig für einfach zu registrierende rassistische Stereotype. Daneben beschreibt der Chilling-Effekt, dass sich Menschen mit legitimen Anliegen wie einem friedlichen Protest, potentiell durch Überwachung einschüchtern lassen.

Die automatisierte Kennzeichenerkennung bietet ebenso Raum für Missbrauch, da für das Erkennen einzelner Kennzeichen alle gescannt werden müssen. Diese Daten sind geeignet, Bewegungsprofile von Menschen zu erstellen, die sich nichts zu schulden kommen lassen haben.

Biometrische Daten werden dem Staat durch Bürger:innen anvertraut, um sich ihm gegenüber auszuweisen. Diese Daten für eine Fahndung online zu missbrauchen, ist eine Zweckentfremdung für die der bloße Verdacht der Begehung einer Straftat nicht ausreichend ist. Die Hürde für die Fahndung online nach Menschen mit Bildern ihrer Gesichter oder Aufnahmen ihrer Stimme muss besonders hoch sein. Ohne einen Haftbefehl darf die Privatsphäre von Menschen auch online nicht mutwillig durch den Staat durchleuchtet werden. Zudem werden die Opfer solcher digitaler Übergriffe auf ihr informationelles Selbstbestimmungsrecht oftmals nicht über diese in Kenntnis gesetzt. Somit handelt es sich um eingriffsintensive, heimliche Überwachungsmaßnahmen die nach dem Bundesverfassungsgericht nur zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter möglich sind, wenn für diese eine zumindest hinreichend konkrete Gefahr besteht. Daneben lassen sich über die Rückwärtssuche online für die Ermittlung völlig irrelevante Informationen, wie politische Gesinnung, Religionszugehörigkeit oder Sexualität ausspähen. Als Bilder für diese Suche sind potentiell auch bei öffentlichen Versammlungen gemachte Aufnahmen möglich. Auch dies kann Menschen davon abhalten, Positionen zu beziehen und Vorabgehorsam fördern.

Durch den Einsatz von automatisierter Datenverarbeitung mittels Palantir-Software werden Daten unbedarfter Bürger:innen selbst wenn diese auf EU-Boden verarbeitet werden sollten, in die Arme eines US-Unternehmens gegeben, welches durchaus ein anderes Verständnis von Persönlichkeitsrechten und Datenschutz haben kann. Voraussagen eines Systems, welches sich der menschlichen Nachvollziehbarkeit entzieht, können nicht Grundlage von Entscheidungen der Exekutive werden. Zudem urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die staatlich erhobenen Daten nicht ohne ausgiebige Abwägung der Verhältnismäßigkeit im Rahmen einer konkreten und vorab definierten Gefährdung zweckentfremdet werden dürfen. Wie bereits oben beschrieben sind solche heimlichen Überwachungsmaßnahmen zurecht an äußerst hohe Hürden geknüpft. Wie man bereits in der jüngeren Vergangenheit sieht, verwässern öffentliche Debatten jedoch immer wieder die Auffassung, die politische Entscheidungsträger:innen von „gewichtigen“ Rechtsgütern haben, wenn man zum Beispiel an die Präventivhaft für Klimaaktivist:innen in Bayern denkt. Insofern ist es aus unserer Sicht nicht sinnvoll, einem Staat Werkzeuge in die Hand zu geben, die eine Überwachung einer breiten Bevölkerung ermöglichen, selbst wenn diese zunächst nicht das Ziel der Einführung ist. Die Polizei hat bereits die Möglichkeit, einzelne heimliche Überwachungsmaßnahmen durchzuführen und daher fehlt es an einer ausreichenden Rechtfertigung für die Einführung eines Massenüberwachungsinstrumentes wie Palantir.

Meldeauflagen für Menschen, die der Polizei nur verdächtig vorkommen, schränken die, die nicht rechtskräftig verurteilt sind, in ihren Grundrechten ein. Die im Grundgesetz garantierte Freizügigkeit ist hier in Gefahr. Eine soziale Ausgrenzung und Stigmatisierung droht. Während diese Maßnahme mit Prävention gerechtfertigt werden soll, fehlt es ihr an dem Mehrwert für schikanierte Bürger:innen. Besonders Menschen, die in mehreren Jobs arbeiten oder pendeln, um sich ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, können durch tägliche, wöchentliche oder monatliche Meldepflichten in finanzielle Schieflage geraten, wenn die Arbeit mit den Terminen kollidiert. Daneben bietet die Polizei in dem Moment keine Sozialarbeit oder psychologische Betreuung an, welche die aus ihrer Sicht gefährlichen Personen in deren Welt abholen und ihnen Perspektiven eröffnen. Ein Termin um 11 Uhr bei der Polizei verhindert weder den Drogenkonsum am Abend noch ändern sich hierdurch die Freundeskreise. Echte Hilfe geht anders! Dazu kommt die Frage, wie und von wem festgelegt wird, wer verdächtig genug für eine Meldepflicht ist. Reicht es da, auf einer Demo gewesen zu sein? Reicht es, einen Diebstahl begangen zu haben? Reichen die falschen Freund:innen, mit denen man gesehen wurde? Und dann war es das, mit dem geplanten Urlaub, dem geliebten Hobby oder der Zeit, in der man sich tatsächlich hätte Hilfe suchen können. Neben die

bereits existierenden Möglichkeiten der gerichtlich auferlegten Sozialstunden, Bewährungshilfe, Jugendamt und Sozialarbeit gestellt, enttarnt sich die Meldepflicht als absehbare Schikane von noch nicht verurteilten und damit der Unschuldsvermutung unterliegenden Bürgern:innen. Eine Förderung der oben genannten Strukturen und insbesondere von Schulsozialarbeit und Streetworker:innen sollte stattdessen die Antwort sein.

Die SPD strebt mit der Initiative für den verbesserten Opferschutz bei häuslicher Gewalt ein Modell an, welches sich in Spanien bewährt hat. Haben Täter:innen Fußfesseln, die die Opfer informieren, wenn diese sich nähern, können Konfrontationen und Übergriffe und am Ende auch Femizide verhindert werden. Dieses Anliegen ist verständlich und relevant. Uns ist hierbei wichtig, dass sich das auch so konkret im neuen PAG wiederfindet. Verallgemeinerungen, die die Ausstattung von potentiellen Gewalttäter:innen insgesamt, von Ladendieb:innen, Lebensmittelretter:innen, Jugendlichen mit Flucht Tendenzen oder Demonstrant:innen ermöglichen, sind strikt abzulehnen und öffnen Tür und Tor für Missbrauch.

Dem staatlichen Gewaltmonopol sind Grenzen zu setzen, die auch im Blick auf zukünftige Regierungen eine stabile, freiheitliche Gesellschaft garantieren statt einzuschränken und zu überwachen. Der Schutz der Privatsphäre vor Übergriffen eines autoritären Staates sollte hier Priorität über die Illusion von Sicherheit haben.

A7 Vision Integration – Mit einer positiven Migrationsbotschaft in die Zukunft

Gremium: Jutos Ostthüringen
Beschlussdatum: 11.09.2025
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Die Jutos Thüringen fordern ein Projektwochenende auf Bundesebene zur
- 2 Erarbeitung eines progressiven Migrationskonzeptes auf Basis der bisherigen
- 3 Beschlusslage und einer entsprechenden Kommunikationsstrategie. Die Ergebnisse
- 4 sollten sich nicht nur in der öffentlichen Kommunikation der Jutos wiederfinden,
- 5 sondern allen Interessierten zugänglich gemacht werden.

- 6 Mit einer positiven Zukunftsvision im Bereich Migration soll der öffentliche
- 7 Diskurs aktiv langfristig verschoben werden, statt rein defensiv auf rechte
- 8 Propaganda zu reagieren. Mit Fakten untermauert sollen in der breiten
- 9 demokratischen Gesellschaft sowohl anschlussfähige als auch provokative
- 10 Botschaften verbreitet werden. Diese sollte sich einem vielfältigen Deutschland
- 11 verschreiben und sich rassistischen Tendenzen entgegenstellen.

- 12 Es reicht nicht, dass wir mehr sind. Wir müssen auch lauter werden. Und hierfür
- 13 braucht es eine starke jungsozialistische Stimme, um Aufbruchstimmung zu
- 14 verbreiten.

Begründung

Die Jutos und die SPD haben Konzepte für gelungene Integration. Aber sie schaffen es nicht, diese offensiv genug zu vermitteln. Die sich wiederholende negative Bespielung des Themas durch Rechtspopulist:innen verschiebt den öffentlichen Diskurs. Das können wir nicht weiter zulassen!

Daher bedarf es einer niederschweligen Kommunikationsstrategie, die selbst den Ton für die Debatte setzt und sich nicht vor einem rechten Aufschrei fürchtet, sondern ihm mutig entgegentritt. Langfristig kann nur mit einem Mix aus Provokation und anschlussfähigen Botschaften ein neues Narrativ geschaffen werden. Hierfür ist es sinnvoll Menschen mit Ideen, Expert:innen und kreative Köpfe zu versammeln, um bisherige Bemühungen zu bündeln.

Die aktuelle „Debattenkultur“ im Bereich Migration verroht in rasender Geschwindigkeit und entmenschlicht dabei unsere Mitbürger:innen. Progressive Stimmen geraten ins Abseits und es geht immer nur noch darum, das „Problem“ Migration zu lösen. Dabei könnte mit einigen gezielten Investitionen zum Beispiel die Ausstattung der Kommunen verbessert werden. Deutschland kann wieder für Menschlichkeit und Toleranz stehen, davon sind wir überzeugt. Und die Jutos können hier die Initiative ergreifen!

A8 Die Maske muss fallen! Spahn-Untersuchungsausschuss jetzt!

Gremium: Jusos Ostthüringen
Beschlussdatum: 11.09.2025
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern den Bundeskongress der Jusos sowie die Fraktion der
- 2 SPD und im Besonderen die Jusos im Bundestag dazu auf, die Opposition aus
- 3 Bündnis 90 / Die Grünen und die Linke bei ihrem Antrag für einen
- 4 Untersuchungsausschuss der Maskenaffäre von Jens Spahn zu unterstützen.
- 5 Die parlamentarische Kontrollfunktion der Opposition stellt ein wichtiges
- 6 politisches Instrument dar, welches nicht durch den Fakt sabotiert werden darf,
- 7 dass dort aktuell Parteien des demokratischen Spektrums keinen ausreichenden
- 8 Anteil mehr haben, um gemeinsam einen Untersuchungsausschuss zu beantragen. Ohne
- 9 die vorgezogene Wahl und in diesem Rahmen vom ehemaligen
- 10 Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach bedingte Verzögerung der
- 11 Veröffentlichung des Berichts von Margaretha Sudhoff zur Maskenaffäre, wäre
- 12 dieser Untersuchungsausschuss bereits letzten Herbst beschlossen worden.
- 13 Auch um den Willen der Glaubwürdigkeit, Integrität, Transparenz und
- 14 Verantwortung innerhalb der Koalition ist es daher wichtig, dass in der
- 15 Vergangenheit aufgetretene Ungereimtheiten lückenlos aufgeklärt werden.

Begründung

Die Maskenaffäre von Jens Spahn steht sinnbildlich für einen der anrühigsten Momente der Coronazeit. Wie im Bericht von Frau Sudhoff gut aufgearbeitet, gab das Gesundheitsministerium unter Leitung des Gesundheitsministers Jens Spahn viel Geld für Masken aus. Viel Geld, welches für Masken zu übersteuerten Preisen, Verträge mit langer Laufzeit, Logistikunternehmen mit unzureichender Ausstattung für die gewaltige Aufgabe und Vermittlungsprovisionen der Firmen für Menschen aus dem CDU-nahen Bekanntenkreis draufging.

Im mittlerweile ungeschwärzt vorliegenden Bericht zeigt sich, dass das nun von der CDU geführte Gesundheitsministerium hier Bereiche verbergen wollte, in denen es insbesondere um die Fragen zu den Verträgen mit einem Schweizer Unternehmen ging. Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen? Wie kam es dazu, dass ein Minister in einem Bundesministerium, welches eher geringe Erfahrung mit Beschaffung in großem Stil hatte, diese an sich riss, Hilfe von anderen Ministerien ablehnte und am Ende Menschen aus seiner Region und seinem Dunstkreis davon profitierten? Wie konnte es soweit kommen, dass deutsche Steuerzahler:innen Millionen für Masken zahlten, die zum Zeitpunkt der Lieferung nicht nur viel teurer waren, als jegliche Konkurrenz, sondern von denen viele auch nicht mehr gebraucht wurden, weil viel zu viel bestellt worden war? Als zuständiger Minister trägt man Verantwortung für sein Ministerium – und das nicht nur wenn alles gut läuft, sondern auch wenn Dinge schief gehen. Wann das auffiel und wie die Abläufe im Anschluss waren, lässt sich jedoch aktuell nicht ausreichend klären.

Die Opposition möchte Klarheit – was bei der massiven Verschwendung von Steuergeldern im Interesse jeder Partei im Bundestag sein sollte. Dass hierfür jedoch die Rote Linie – nicht mit der AfD zu stimmen – nicht fallen soll, zeigt die Prinzipien, an die sich Parteien des demokratischen Spektrums halten. Jedoch sehen wir gleichzeitig, dass die Oppositionsarbeit gelähmt wird.

Um dennoch dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung und der Gefahr des Vertrauensverlustes in die aktuelle Regierung entgegenzutreten, sollte die SPD den Untersuchungsausschuss für die Maskenaffäre unterstützen. Da sich die Verantwortlichen weiterhin in hohen politischen Ämtern befinden, gebietet es die Transparenz, eine lückenlose Aufklärung zu ermöglichen und Unklarheiten zu beseitigen.

A9 Private Krankenhäuser unter Trägerschaft des Landes stellen! – Ein Gesundheitssystem für Alle

Gremium: Jusos Jena
Beschlussdatum: 04.09.2025

Antragstext

1 **In Thüringen gibt es insgesamt 16.000 Krankenhausbetten - davon befinden sich 36**
2 **Prozent in privater Trägerschaft, das ist ein nicht vernachlässigbarer Teil der**
3 **Krankenversorgung in Thüringen. Diese privaten Betreiber wie Helios, SRH oder**
4 **Asklepios erhalten in Thüringen im Rahmen des**
5 **Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes 4,5 Millionen Euro Zuschüsse vom**
6 **Bund. Teuer bezahlt wird das von allen Beitragszahler:innen, doch echte**
7 **Verbesserungen sind nicht zu erwarten. Bereits seit Jahren führen diese**
8 **Krankenhausbetreiber ihre Häuser nach dem Gewinnmaximierungsprinzip,**
9 **dementsprechend fließt dieses Geld nicht in die Verbesserung der**
10 **Patient:innenversorgung sondern in die Taschen der Aktionäre. In der Praxis**
11 **bedeutet das für die Gesundheit der Menschen: Gezielte Über- bzw.**
12 **Unterversorgung von Patient:innen, um möglichst alle teuren Zusatzbehandlungen**
13 **abrechenbar zu machen. Diese Behandlungen, wie etwa unnötige Operationen oder**
14 **zusätzliche Diagnostik stehen dem Patient:innenwohl zum Teil diametral entgegen.**

15 **Gleichzeitig profitieren auch Arbeitnehmer:innen nicht zwangsläufig von privater**
16 **Trägerschaft, da Gewinnmaximierung eben auch bedeutet, dass geringere Gehälter**
17 **gezahlt werden, als in kommunal geführten Häusern, um Lohnkosten möglichst**
18 **niedrig zu halten. Auch ist die Anzahl der Urlaubstage in privaten Häusern im**
19 **Schnitt geringer als in öffentlichen. In privaten Krankenhäusern müssen sich**
20 **Arbeitnehmer:innen jeweils einen Haustarifvertrag mühsam erkämpfen, um eine**
21 **Chance auf bessere Arbeitsbedingungen zu haben. Diese gelten aber nur für den**
22 **konkreten Standort und nicht für das Trägerunternehmen. In öffentlichen Häusern**
23 **hingegen gelten die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst des Landes,**
24 **wodurch die Angestellten dort vom solidarischen Arbeitskampf profitieren.**

25 **Ganz besonders drastisch zeigt sich der Unterschied in Pflege- und**
26 **Behandlungsqualität in der Anzahl der angestellten Pflegefachkräfte. So sind im**
27 **privaten Helios Klinikum Erfurt 900 Pfleger:innen auf 1300 Betten beschäftigt,**
28 **im Vergleich dazu sind es im öffentlich geführten Uniklinikum Jena 2000 auf 1100**
29 **Betten. Die Folge daraus ist weniger Zeit für die individuelle**
30 **Patient:innenbetreuung, schlechtere Qualität der Betreuung und Überlastung des**
31 **Pflegepersonals. Dieser Umstand ist nicht hinnehmbar, jeder Mensch hat einen**
32 **Anspruch auf eine sorgfältige und gewissenhafte Gesundheitsbetreuung, welche**
33 **unabhängig von wirtschaftlichen Überlegungen stattfindet. Es darf kein Handel**
34 **mit den Grundbedürfnissen der Menschen geführt werden, für wirtschaftliche**
35 **Interessen ist in der Gesundheitsversorgung kein Platz.**

36 **Die Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen, deshalb können wir es in keiner**
37 **Weise hinnehmen, dieses in die Hände von kommerziellen Unternehmen zu geben und**
38 **diese sich an der Krankheit von Menschen bereichern zu lassen.**

39 **Deshalb fordern die Jusos Thüringen, dass alle privat geführten Krankenhäuser**
40 **und medizinische Versorgungszentren in öffentliche Trägerschaft überführt**
41 **werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass genügend Pflegepersonal in allen**
42 **Krankenhäusern vorhanden ist, um Patient:innen adäquat versorgen zu können,**
43 **gleichzeitig die Arbeitslast zu minimieren und die Angestellten endlich gerecht**
44 **für ihre Arbeit zu entlohnen.**

45 **Die vom Bund beabsichtigte Verbesserung und Reformierung der deutschen**
46 **Kliniklandschaft kann nur erreicht werden, wenn in bessere Ausrüstung und**
47 **Pflegequalität investiert wird, anstatt das Geld in den Taschen von**
48 **Aktionär:innen verschwinden zu lassen. Das kann nur erreicht werden, wenn das**
49 **Land selbst Kontrolle über diese Gelder hat.**

Begründung

erfolgt mündlich

A10 Schule ist Scheiße – nicht mit uns!

Gremium: Jusos Jena
Beschlussdatum: 04.09.2025

Antragstext

1 **Die Jusos Thüringen mögen beschließen:**

2 **Die Gemeinschaftsschule in Thüringen zeigt, wie die ideale Schule aussehen kann,**
3 **auch wenn sie selbst noch weit entfernt vom Ideal ist. Reformpädagogische**
4 **Ansätze sind hierbei immer wieder erfolgreich. Um dem Ideal näher zu rücken,**
5 **fordern die Jusos Thüringen daher die SPD Thüringen sowie die Landtagsfraktion**
6 **der SPD auf, folgende Maßnahmen umzusetzen, beziehungsweise auf deren Umsetzung**
7 **durch das für Bildung zuständige Ministerium hinzuwirken:**

8 **1. Bewertung muss sinnvoll werden!**

- 9 • **Leistungsbewertungen dürfen nicht weiter auf Noten beruhen, sondern müssen**
10 **ausschließlich in Form von Entwicklungsberichten stattfinden, in denen die**
11 **Lehrkräfte differenziert auf die individuellen Stärken und Schwächen der**
12 **Schüler:innen eingehen. Schüler:innen und bei Bedarf deren Eltern müssen**
13 **außerdem regelmäßig über die schulische Entwicklung informiert werden.**
- 14 • **Sozial- und Arbeitsverhalten dürfen nicht bewertet werden, auch hier**
15 **müssen schriftliche Berichte geschrieben werden, sowie regelmäßige**
16 **Gespräche stattfinden.**
- 17 • **Versetzungsentscheidungen aufgrund von schulischer Leistung dürfen nicht**
18 **weiter eine Rolle spielen. Jede:r Schüler:in muss versetzt werden.**

19 **2. Unterricht wie vor 100 Jahren?!**

- 20 • **Frontaler Fachunterricht soll nicht länger die Norm sein! Unterricht muss**
21 **methodisch abwechslungsreich und fächerübergreifend stattfinden. Dazu**
22 **müssen den Lehrkräften in der Aus- und Weiterbildung moderne, vielfältige**
23 **Lehrmethoden nähergebracht werden.**
- 24 • **Schüler:innen müssen unabhängig von Förderbedarf oder schulischer Leistung**
25 **gemeinsam unterrichtet werden.**
- 26 • **Binnendifferenzierung, projektorientiertes Arbeiten und selbstbestimmtes**
27 **Lernen müssen hierbei eine zentrale Rolle spielen.**

28 **3. Lehrkräfte brauchen Freiraum!**

- 29 • **Das Lehramtsstudium muss neu gedacht werden. Student:innen müssen eine**
30 **praxisnahe pädagogische Ausbildung erhalten, anstatt zwei Fachstudien zu**
31 **absolvieren. Insbesondere muss hierbei der Fokus auf reformpädagogische**
32 **Ansätze gelegt werden.**

- 33 • Jede Schule braucht ausreichend Schulverwaltungskräfte,
34 Schulassistentenkräfte und Schulsozialarbeiter:innen.
- 35 • Schulen müssen ausreichend Lehrkraftstellen haben, nicht nur um den
36 Unterricht zu füllen, sondern auch Freiraum für Schulentwicklung und ein
37 außerunterrichtliches Angebot sicherzustellen. Deshalb muss die
38 Unterrichtsabdeckung deutlich über 100% hinausgehen.
- 39 4. Mehr Daten über Bildung!
- 40 • Es muss mehr Geld in Bildungsforschung investiert werden!
- 41 • Die Art und Weise wie Unterrichtet wird und Schule funktioniert, muss an
42 die Forschungsergebnisse angepasst werden.
- 43 • Lehrkräfte müssen Fortbildungen erhalten, sodass sie immer zeitgemäßen
44 Unterricht geben können.

Begründung

Der Koalitionsvertrag verspricht eine Schule, in der “Leistungen wertgeschätzt werden”. Das heißt im Umkehrschluss allerdings nichts anderes, dass Schüler:innen, die nicht so gute Leistungen vollbringen können, weniger Wertgeschätzt werden. Der Koalitionsvertrag zeigt im Bildungsbereich kaum willen zur Innovation und würde in einigen Bereichen Rückschritte für Thüringen bedeuten:

1. Bewertung

- Die Zwecke, die Noten erfüllen sollen, wie zum Beispiel Vergleichbarkeit oder objektive Bewertung, erfüllen sie nicht. Die Bewertung hängt von der Beziehung zwischen Lehrkraft und Schüler:in, der sozialen Herkunft, des Geschlechts und vielen weiteren Faktoren ab. Auch hängen sie vom Leistungsstand des Rests der Klasse ab und gehören zu den verbreitetsten Angstausslösern für Kinder. Es zeigt sich also, Noten haben kaum Mehrwert, erheben aber den Anspruch dazu, im Gegenteil haben sie nachgewiesenerweise negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Sie wirken nur motivierend, wenn sie gut sind, hingegen allerdings demotivierend, wenn sie schlecht sind. Differenzierte, individuelle Rückmeldungen hingegen führen zu Leistungssteigerungen gegenüber traditionellen Notenformen.
- Die Vergabe von Kopfnoten zeigt keine Verbesserungen im Sozialverhalten und ähnlichem, keinen Einfluss auf den beruflichen Erfolg nach der Schulzeit oder das Unterrichtsklima. Keine wissenschaftliche Untersuchung konnte ihnen einen Mehrwert zuordnen. Differenziertes Feedback und Gespräche über das Verhalten der Schüler:innen zeigen im Gegensatz dazu immer wieder Verbesserungen in der sozialen Akzeptanz, dem Sozialverhalten und der schulischen Leistung und Motivation der Schüler:innen.
- Das Wiederholen einer Klasse führt nicht zu einem langfristigen Aufholen der Leistungen über das Wiederholungsjahr hinaus. Langfristig sind die Leistungen der Sitzengebliebenen in einigen Studien schlechter als die von Gleichaltrigen mit ähnlichen Leistungen, die allerdings versetzt wurden. Ausnahmen bilden hierbei Schüler:innen, die aus Leistungsunabhängigen Faktoren, wie zum Beispiel aufgrund langfristiger Krankheit, wiederholen. Zusätzlich kostet es den Staat sehr viel Geld, Schüler:innen wiederholen zu lassen.

Zusammenfassend hat die Art und Weise, wie die Schüler:innen bewertet werden, keine wissenschaftliche Grundlage, sondern stellt sich oft genug gegen sie. Dies gilt es zu beheben!

2. Unterricht

- Die Effektivität von aktivem Lernen gegenüber Frontalunterricht wird in Studien in vielen Fächern belegt. Die Schüler:innen, die in den Unterricht integriert und zu eigenständigem Handeln incentiviert werden, zeigen ein besseres Verständnis der Inhalte und größere Motivation. Projektorientierter Unterricht verbessert außerdem kreative und Problemlöse-Fähigkeiten. Frontalunterricht zeigt zwar bessere Ergebnisse in Wissensabfragen, allerdings sollte es nicht das Ziel der Schule sein, möglichst viel Wissen zu vermitteln.
- Äußere Differenzierung, wie sie durch die Trennung in verschiedenen Schularten oder in verschiedene Klassen auf Basis der Leistung stattfindet, führt bei den leistungsschwächeren Schüler:innen zu einem Rückgang in schulischen Leistungen gegenüber Schüler:innen, die binnendifferenziert unterrichtet werden. So wird nur ein Leistungsungleichgewicht gefördert. Innere Differenzierung hingegen liefert insbesondere bei leistungsschwächeren Schüler:innen bessere Ergebnisse. Wenn Ansätze der äußeren Differenzierung positive Ergebnisse zeigen, muss die Differenzierung nach Themen und Fächern angepasst werden, was gegen die Differenzierung in Form von Schularten spricht.

Zusammenfassend ist der Unterricht, wie er aktuell durchgeführt wird, wenig wissenschaftlich basiert, es gibt Methoden, die auch schon bspw. an reformpädagogischen Schulen umgesetzt werden, die erfolgreicher scheinen.

3. Lehrkräfte

- So zu unterrichten, wie es unter “Unterricht wie vor 100 Jahren?!” gefordert wird, erfordert gesonderte Fähigkeiten. Binnendifferenzierung ist etwas, was nicht jede Lehrkraft kann. Insofern müssen sie speziell hierfür ausgebildet oder fortgebildet werden. Der fachliche Anteil in diesen Studiengängen ist nicht sinnvoll, stattdessen müssen die pädagogischen Fähigkeiten gefördert werden.
- Neben den unterrichtlichen Aufgaben müssen Lehrkräfte in Schulen viele weitere Aufgaben übernehmen. Dabei müssen angesichts des Lehrkräftemangels so viele Aufgaben wie sinnvoll an andere Menschen übertragen werden. Verwaltungsaufgaben wie das Planen und Buchen einer Klassenfahrt, die Verwaltung der Lehrmittelbibliothek oder das Einladen für eine Elternkonferenz sind Aufgaben, die keine Lehrkraft machen müssen. Hierbei können und müssen sie von Schulverwaltungskräften unterstützt werden. Bisher sind diese allerdings nicht in Schulen eingeplant. Schulsozialarbeiter:innen und Schulassistentenkräfte sind explizit im Koalitionsvertrag erwähnt.
- An Schulen entfallen im Mittel über 10% der Unterrichtsstunden. Dies könnte verbessert werden, wenn den Schulen mehr Planstellen zugewiesen werden, als zur Abdeckung des Unterrichts notwendig wäre. So könnten Lehrkräfte kranke Kolleg:innen vertreten, ohne die eigenen Klassen zu vernachlässigen. Außerdem benötigen reformpädagogische Schulen und TGS mehr Lehrkräfte, um die pädagogischen Konzepte umsetzen zu können und die Schule weiterentwickeln zu können. Stattdessen kürzt das Ministerium an TGS die Stunden, die zu außerunterrichtlichen Tätigkeiten verwendet werden können.

Zusammenfassend zeigt die aktuelle Situation in Thüringen, dass die Unterrichtsabdeckung weiterhin unzureichend ist, da die Zahl der besetzten Lehrkräfteplanstellen unter dem tatsächlichen Bedarf liegt, der Bedarf kann allerdings durch Schulverwaltungskräfte und multiprofessionelle Teams reduziert werden.

4. Forschung

Ausführliche Studien, die bspw. Unterrichtsmethoden vergleichen sind sehr selten, deutsche Studien sind noch seltener, auch die, auf die sich in dieser Begründung bezogen wurden, sind teilweise die einzigen in den Bereichen, die auch nur relativ geringe Stichprobengrößen haben. Das muss verbessert werden, um Bildung zu optimieren, ist eine ausführliche Datenlage notwendig.

A11 Elternschaft gerecht gestalten – gleiche Rechte von Anfang an!

Gremium: Jusos Jena
Beschlussdatum: 04.09.2025

Antragstext

1 **Die rechtlichen Rahmenbedingungen rund um Geburt und Elternschaft zeigen,**
2 **welchen Stellenwert Gleichberechtigung in einer Gesellschaft tatsächlich hat.**
3 **Noch immer orientieren sich viele Regelungen am Bild der alleinverantwortlichen**
4 **Mutter und des außenstehenden Vaters. Das entspricht weder der Lebensrealität**
5 **noch dem Anspruch auf gleichberechtigte partnerschaftliche Elternschaft.**

6 **Deswegen fordern die Jusos Thüringen:**

7 **1. Kostenfreie Geburtsvorbereitung für alle Eltern:**

- 8 • **Geburtsvorbereitung ist nicht nur medizinische Information, sondern auch**
9 **ein wichtiger Schritt zu geteilter Verantwortung. Aktuell übernehmen**
10 **Krankenkassen die Kosten in der Regel nur für die schwangere Person.**
11 **Partner:innen müssen die Teilnahme selbst zahlen oder verzichten: Ein**
12 **Signal, dass ihre Teilnahme nicht entscheidend sei. Das schwächt von**
13 **Anfang an die gleichberechtigte Rolle beider Eltern und ignoriert**
14 **vielfältige Familienmodelle. Kostenfreie Kurse für alle Elternteile**
15 **stärken die gemeinsame Vorbereitung, fördern Sicherheit in der**
16 **Geburtssituation und legen die Grundlage für eine faire Aufteilung der**
17 **Sorgearbeit nach der Geburt.**
- 18 • **Geburtsvorbereitung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir fordern**
19 **deswegen die vollständige Kostenübernahme für die Teilnahme von**
20 **Partner:innen an Geburtsvorbereitungskursen im Rahmen der**
21 **Mutterschaftsrichtlinien. So wird partnerschaftliche Verantwortung von**
22 **Anfang an gestärkt und gleiche Teilhabe ermöglicht.**

23 **2. Reform des Abstammungsrechts**

- 24 • **In Thüringen sind über die Hälfte aller Geburten nichtehelich. Trotzdem**
25 **gilt: Unverheiratete Mütter erhalten automatisch das alleinige Sorgerecht,**
26 **während Väter eine Sorgerechtserklärungen abgeben müssen und zweite Mütter**
27 **ein aufwändiges Adoptionsverfahren durchlaufen müssen. Dieses System**
28 **benachteiligt queere Familien und nichteheliche Paare. Wir fordern deshalb**
29 **das Abstammungsrecht grundlegend zu reformieren, um alle Familienformen**
30 **rechtlich gleichzustellen.**
- 31 • **Deswegen muss die bisherige „Vaterschaftsanerkennung“ zu einer**
32 **„Elternschaftsanerkennung“ weiterentwickelt werden, die für alle**
33 **Elternteile unabhängig vom Geschlecht gilt. Diese Erklärung begründet die**
34 **rechtliche Elternschaft des zweiten Elternteils und ersetzt das aufwändige**
35 **und diskriminierende Adoptionsverfahren für Co-Mütter und nicht-**

36 **biologische Väter. Mit der wirksamen Abgabe der gemeinsamen**
37 **Elternschaftsankennung wird standardmäßig das gemeinsame Sorgerecht für**
38 **beide Elternteile begründet werden. Eine separate „Sorgerechtserklärung“**
39 **entfällt. Damit wird das gemeinsame Sorgerecht zum Regelfall.**

- 40 • **Nur so werden verheiratete und nicht-verheiratete Paare sowie**
41 **heterosexuelle und queere Eltern endlich rechtlich gleichgestellt.**

42

43 **3. Stärkung von Unterstützungsstrukturen**

- 44 • **Trennungssituationen belasten Kinder besonders stark. Überlastete**
45 **Jugendämter und lange Gerichtsverfahren führen zu monatelangen**
46 **Schwebezuständen. Staatlich finanzierte Mediationen können Konflikte**
47 **frühzeitig abmildern und gerichtliche Auseinandersetzungen reduzieren. In**
48 **verpflichtenden Elternplänen, wie in Belgien und den Niederlanden, werden**
49 **alle relevanten Themen des Zusammenlebens nach der Trennung schriftlich**
50 **fixiert, wie die Wohnsituation, Besuchsregelungen und Aspekte der**
51 **Kindererziehung. Die definierten Verantwortlichkeiten beider Eltern sollen**
52 **Missverständnisse und Konflikte vermeiden und den Kindern eine stabile und**
53 **vorhersehbare Umgebung bieten. Notwendig sind zudem kurze**
54 **Bearbeitungszeiten und eine personelle Stärkung von Jugendämtern und**
55 **Familiengerichten. Das schafft Planbarkeit, entlastet die Institutionen**
56 **und stellt das Kindeswohl konsequent in den Mittelpunkt.**

57 **Deswegen ist für uns klar: Eltern, die sich trennen, brauchen faire Lösungen für**
58 **das weitere gemeinsame Familienleben. Wir fordern daher:**

- 59 • **Bei Trennung oder Scheidung von Eltern wird die Erstellung eines**
60 **Elternplans verpflichtend. Dieser Plan muss verbindliche Regelungen zu**
61 **allen Angelegenheiten von erheblicher Bedeutung und der Kostenaufteilung**
62 **des familiären Lebens enthalten. Die frühzeitige Auseinandersetzung mit**
63 **den Folgen einer Trennung für ein Kind führt zu bewussteren und**
64 **nachhaltigeren Lösungen im weiteren Zusammenleben, um Streitigkeiten vor**
65 **Gericht zu vermeiden.**
- 66 • **Der Zugang zu professioneller Mediation vor Einreichung einer**
67 **gerichtlichen Sorgerechtsklage muss allen Eltern zur Verfügung stehen, um**
68 **eine kindzentrierte Lösung gemeinsam erarbeiten zu können.**
- 69 • **Um diese Maßnahmen zu überprüfen, sollte die Auswirkung auf die Anzahl von**
70 **Gerichtsverfahren, Dauer von Sorgerechtsstreitigkeiten und Entwicklung des**
71 **Kindeswohls statistisch begleitet werden.**
- 72 • **Jugendämter und Familiengerichte müssen personell und finanziell so**
73 **ausgestattet werden, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden können.**
74 **Nur durch ausreichend schnelle und qualitative Bearbeitung können Kinder**
75 **vor rechtlich unsicheren Zuständen durch lange Verfahrensdauern geschützt**
76 **werden.**

77 **Gleichberechtigung beginnt nicht erst im Alltag der Sorgearbeit, sondern bereits**
78 **im rechtlichen Rahmen, in den unterstützenden Strukturen und bei der**
79 **finanziellen Förderung partnerschaftlicher Verantwortung. Elternschaft muss für**
80 **alle gerecht sein!**

Begründung

Die rechtlichen Rahmenbedingungen rund um Geburt und Elternschaft zeigen, welchen Stellenwert Gleichberechtigung in einer Gesellschaft tatsächlich hat. Noch immer orientieren sich viele Regelungen am Bild der alleinverantwortlichen Mutter und des außenstehenden Vaters. Das entspricht weder der Lebensrealität noch dem Anspruch auf gleichberechtigte partnerschaftliche Elternschaft.

Kostenfreie Geburtsvorbereitung:

Geburtsvorbereitung ist nicht nur medizinische Information, sondern auch ein wichtiger Schritt zu geteilter Verantwortung. Aktuell übernehmen Krankenkassen die Kosten in der Regel nur für die schwangere Person. Partner:innen müssen die Teilnahme selbst zahlen oder verzichten: Ein Signal, dass ihre Teilnahme nicht entscheidend sei. Das schwächt von Anfang an die gleichberechtigte Rolle beider Eltern und ignoriert vielfältige Familienmodelle. Kostenfreie Kurse für alle Elternteile stärken die gemeinsame Vorbereitung, fördern Sicherheit in der Geburtssituation und legen die Grundlage für eine faire Aufteilung der Sorgearbeit nach der Geburt.

Reform des Abstammungsrechts:

Das geltende Recht benachteiligt nichteheliche und queere Familien. Während verheiratete heterosexuelle Paare automatisch beide als Eltern anerkannt werden, müssen auch verheiratete Co-Mütter oder nicht-biologische Väter einen langwierigen, kostspieligen und demütigenden Prüfprozess durchlaufen. Das ist bürokratisch, belastend und diskriminierend. Eine Elternschaftsanerkennung als einfacher standesamtlicher Akt, wie es die Vaterschaftsanerkennung schon ist, schafft Rechtssicherheit, entlastet Gerichte und Jugendämter und schützt Kinder ab Geburt. Die Lebensrealitäten von Familien sind vielfältig. Das Recht muss endlich nachziehen und alle Familien gleichermaßen schützen und respektieren – ob verheiratet oder nicht, ob queer oder heterosexuell.

Unterstützungsstrukturen:

Trennungssituationen belasten Kinder besonders stark. Überlastete Jugendämter und lange Gerichtsverfahren führen zu monatelangen Schwebezuständen. Staatlich finanzierte Mediationen können Konflikte frühzeitig abmildern und gerichtliche Auseinandersetzungen reduzieren. In verpflichtenden Elternplänen, wie in Belgien und den Niederlanden, werden alle relevanten Themen des Zusammenlebens nach der Trennung schriftlich fixiert, wie die Wohnsituation, Besuchsregelungen und Aspekte der Kindererziehung. Die definierten Verantwortlichkeiten beider Eltern sollen Missverständnisse und Konflikte vermeiden und den Kindern eine stabile und vorhersehbare Umgebung bieten. Notwendig sind zudem kurze Bearbeitungszeiten und eine personelle Stärkung von Jugendämtern und Familiengerichten. Das schafft Planbarkeit, entlastet die Institutionen und stellt das Kindeswohl konsequent in den Mittelpunkt.

A12 Leben retten und Drogenprävention verbessern - Drug Checking in Thüringen fortsetzen und ausbauen

Gremium: Jusos Jena
Beschlussdatum: 04.09.2025

Antragstext

1 Für eine zeitgemäße und konsument:innenschützende Drogenpolitik in Thüringen –
2 Drug Checking als zentrale Säule der Prävention

3 **Die Jusos Thüringen fordern:**

- 4 • **Das Land Thüringen soll das laufende ALIVE-Projekt dauerhaft finanziell**
5 **absichern und dessen Kapazitäten in Personal, Ausstattung und mobile**
6 **Angebote ausweiten.**
- 7 • **Die Mittelfristige Etablierung von flächendeckenden und niedrigschwelligen**
8 **Drug Checking angeboten - Thüringenweit. Einrichtungen der Suchthilfe und**
9 **Suchtprävention sollten bestenfalls mit Möglichkeiten zum Drug Checking**
10 **und sicheren Konsumräumen ausgestattet werden.**
- 11 • **Thüringen soll sich im Bundesrat und über seine Vertretung in der EU dafür**
12 **einsetzen,dass rechtliche Grundlagen für ein dauerhaftes Drug Checking**
13 **geschaffen werden, nicht nur als bloße Modellprojekte. Dies bezieht sich**
14 **nicht nur auf die Erlaubnis zur Durchführung, es muss auch die**
15 **rechtssichere Beschaffung von Grundsubstanzen zur Analyse gewährleistet**
16 **werden.**
- 17 • **Das Land Thüringen soll eine Landes Präventions- und Gesundheitsstrategie**
18 **entwerfen, bei der auch Drug Checking mit verpflichtender Beratung und**
19 **Aufklärung zum Safe-Use als wichtiges Element berücksichtigt wird.**
- 20 • **Das Land Thüringen wird beauftragt, eine landesweite**
21 **Drogenberichterstattung als Frühwarnsystem zu etablieren,**
22 **weiterzuentwickeln und regelmäßig fortzuführen.**

Begründung

Drug Checking rettet Leben – und spart Kosten

Drug Checking ist eine international anerkannte Maßnahme der Schadensminimierung in der Drogenpolitik. Konsumierende erhalten durch die Analyse ihrer Substanzen verlässliche Informationen über Wirkstoffgehalt, gefährliche Streckmittel und Verunreinigungen. Diese Transparenz ermöglicht es, riskantes Konsumverhalten zu reduzieren, den Konsum gänzlich zu unterlassen oder Dosierungen anzupassen.

Dadurch sinkt das Risiko von Überdosierungen, akuten Vergiftungen und Langzeitschäden erheblich. Jede verhinderte Notaufnahme, jeder vermiedene Intensivstationsaufenthalt und jede vermiedene Langzeitbehandlung bedeutet nicht nur menschliches Leid zu verhindern, sondern auch eine erhebliche

Entlastung des Gesundheitssystems. Internationale Studien zeigen, dass die Kosten für Drug Checking um ein Vielfaches geringer sind als die Folgekosten unbehandelter oder unerkannt riskanter Konsummuster.

Besseres Tracking gefährlicher Substanzen

Drug Checking leistet nicht nur individuelle Aufklärung, sondern auch kollektiven Gesundheitsschutz: Die Analyseergebnisse schaffen eine Datenbasis, mit der gefährliche Substanzen oder stark überdosierte Präparate frühzeitig erkannt werden können. Werden im Rahmen der Testung hochgefährliche Stoffe wie Fentanyl oder synthetische Cathinone festgestellt, können Gesundheitsbehörden und Präventionsstellen gezielte Warnungen aussprechen und in akuten Fällen gezielt aufklären.

Zudem helfen die erhobenen Daten der Suchthilfe, Präventionsarbeit gezielter zu steuern und Trends im Substanzkonsum früh zu erkennen. Im medizinischen Ernstfall können Ärzt:innen dank dieser Informationen schneller und passgenauer behandeln, was die Überlebenschancen Betroffener deutlich erhöht.

Die Fentanyl-Krise erreicht Europa

In Nordamerika hat die Verbreitung synthetischer Opiode – allen voran Fentanyl – in den vergangenen Jahren zu einer massiven Gesundheitskrise geführt. Die extreme Potenz dieser Substanzen führt dazu, dass schon kleinste Mengen tödlich sein können. Die Substanzen werden häufig ohne Wissen der Konsumierenden beigemischt, insbesondere zu Kokain, Heroin oder gefälschten Medikamenten. Inzwischen liegen auch aus Europa erste Nachweise von Fentanyl in Straßenproben vor. Damit steigt das Risiko tödlicher Überdosierungen auch hierzulande. Ein funktionierendes Drug-Checking-System kann in solchen Fällen zum Lebensretter werden, indem es gefährliche Chargen früh identifiziert, vor deren Konsum warnt und Menschen im Zweifel vom Konsum abhält.

Wissenschaftliche Evidenz stärkt das ALIVE-Projekt

Das Thüringer ALIVE-Projekt wird wissenschaftlich von der Charité begleitet. Die begleitende Studie liefert zentrale Erkenntnisse: Drug Checking führt nicht zu einem Anstieg des Konsums, sondern wirkt im Gegenteil als Türöffner für Prävention. Die Nutzer:innen der Angebote setzen sich intensiver mit ihrem Konsum auseinander, passen ihr Verhalten an oder verzichten vollständig auf riskante Substanzen. Gleichzeitig erhöht sich die Bereitschaft, Beratungs- und Unterstützungsangebote wahrzunehmen. Dies bestätigt Erfahrungen aus anderen Ländern wie der Schweiz oder den Niederlanden, wo Drug Checking seit Jahren erfolgreich eingesetzt wird. Das ALIVE-Projekt ist damit nicht nur eine sinnvolle Ergänzung zur bestehenden Präventionslandschaft, sondern ein Modellprojekt mit belegtem Nutzen, das in Thüringen fortgeführt und ausgebaut werden muss.

Rechtliche Hürden abbauen – Schweizer Modell als Vorbild

Drug Checking ist in Deutschland derzeit rechtlich nur im Rahmen von Modellprojekten möglich, die näheren Regelungen werden durch Verordnungen der Länder geregelt, diese sind in Teilen noch gar nicht vorhanden oder unausgereift. Die Schweiz zeigt seit Jahren, dass Drug Checking mit direkter Probenannahme durch Fachpersonal, klaren Qualitätsstandards und begleitender Beratung rechtssicher und wirksam umgesetzt werden kann. Deutschland sollte diesem Beispiel folgen und Drug Checking vollständig legalisieren.

Darüber hinaus müssen notwendige Grundsubstanzen für Analyseverfahren von der EU-Sprengstoffverordnung ausgenommen werden, da diese Regelung die Durchführung von Drug Checking unnötig erschwert und damit dem Gesundheitsschutz zuwiderläuft. Besonders Grundsubstanzen wie Schwefelsäure sind hier problematisch. Es muss eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, damit diese Substanzen beispielsweise von entsprechenden Testkit Herstellern benutzt werden können.

A13 Projektwochenende Verteidigungspolitik – Jusos entwickeln Perspektiven.

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 11.09.2025

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern ein Projektwochenende auf Bundesebene zum Thema
2 Verteidigungspolitik. Aus diesem Wochenende soll eine tragfähige Position der
3 Bundesjusos entstehen, welche sich mit den rasanten sicherheits- und
4 verteidigungspolitischen Veränderungen der letzten Jahre beschäftigt und als
5 Jugendverband einen klaren Blick auf ein immer präsenteres Thema für unsere
6 Generation gibt.

7 Als Jusos können wir uns zurzeit auf zwei Positionierungen beziehen, welche
8 reflektiert und auf den aktuellen Stand gebracht werden müssen: Der INI 01
9 „Zeitenwende aber Richtig“ vom Bundeskongress 2022, in dem die aktuelle
10 Ausrichtung der Jusos nach Beginn des Ukraine-Krieges umrissen wird und der W4
11 „Zwangsdienste abschaffen und Freiwilligendienste ausbauen!“ vom Bundeskongress
12 2010, als die Jusos sich zuletzt zur Abschaffung der Wehrpflicht positionierten.

13 Hierbei müssen aus unserer Sicht – unter dem Gesichtspunkt der von
14 Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius angekündigten Kriegstüchtigkeit 2029
15 – folgende Themen debattiert werden:

16 Der aktuelle Diskurs zum **Aufbau einer Reserve** – also um den freiwilligen
17 Wehrdienst, das schwedische Modell und Wehrpflicht – muss auf den Prüfstand, um
18 eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Reflektieren wir die aktuelle Regelung,
19 nach der für freiwillig Wehrdienstleistende, trotz Kündigung, eine Dienstpflicht
20 für 6 Wochen besteht. Entwickeln wir Ideen, mit denen falsche Erwartungen an das
21 Ableisten eines Dienstes reduziert werden – wie wäre es denn mit einem
22 mehrtägigen Schnupperdienst? Ist die Altersgrenze von 18 Jahren zeitgemäß, wenn
23 doch die meisten unter 32 nicht mehr von der Wehrpflicht betroffen waren? Und wo
24 wir schon dabei sind: Was ist mit der Wehrgerechtigkeit zwischen den
25 Geschlechtern?

26 Zum anderen sollten Ideen zum tatsächlichen **Aufwuchs des Personals** der
27 Bundeswehr abgewogen werden, um der aktuellen Tendenz, Personal über längere
28 Vertragslaufzeiten zu binden, eine echte Steigerung der Attraktivität
29 entgegenzusetzen.

30 Außerdem mangelt es uns an einer glaubhaften Positionierung zum ehemaligen
31 **Wehrersatzdienst**, welcher in Konkurrenz zu aktuellen Modellen wie dem
32 Bundesfreiwilligendienst, Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges
33 Ökologisches Jahr (FÖJ) stehen würde.

34 Doch neben der aktuellen Debatte stehen weiter die bekannten Themen: Mit welchen
35 Maßnahmen kann die **Unterwanderung durch Rechtsextremist:innen** trotz steigender
36 gesellschaftlicher Akzeptanz verhindert werden? Wie können on- und offline

- 37 Aktivitäten **fremder Nachrichtendienste** in Deutschland bestmöglich unterbunden
38 und behindert werden, ohne dabei die eigene Bevölkerung zu schikanieren?
- 39 Auch zu **Rüstungsausgaben, Koordination** mit den europäischen Partner:innen bei
40 Beschaffung und Entwicklung, **Schutz und Ausbau** von kritischer Infrastruktur,
41 Zivil- und Katastrophenschutz, sollten Positionen bei dieser Gelegenheit auf
42 Aktualität überprüft werden.

Begründung

Der Ukraine-Krieg und die zunehmende Verantwortung, die Deutschland als NATO-Mitglied unter anderem mit der Brigade in Litauen übernimmt, verändern für junge Menschen in Deutschland mehr als für Alte. Plötzlich wird für 2029 die Kriegstüchtigkeit für Deutschland ausgerufen, die Wiedereinführung der Wehrpflicht als reale Möglichkeit diskutiert und ein frühzeitiger Beschluss als Maßnahme bei Versagen der Freiwilligkeit kann nur durch hohen Druck auf dem Bundesparteitag verhindert werden.

Die letzte abgestimmte Position, die die Jusos dazu beschlossen haben, ist direkt nach Beginn des Ukraine-Krieges entstanden, zuvor wurde 2010 etwas zum Wehrdienst beschlossen. In den drei Jahren seit Kriegsbeginn hat sich die gesellschaftliche Stimmung massiv verändert. Plötzlich halten diejenigen, die es nicht mehr betrifft, eine Wehrpflicht wieder für angemessen. Während Kriegstüchtigkeit und massive Investitionen ausgerufen werden, werden Betroffene Mal wieder nicht ausreichend gehört. Auch innerhalb der Jusos betrifft die aktuelle Debatte in der Realität nur die Wenigsten – diejenigen, welche unter der Altersgrenze von 18 Jahren sind, wenn die Wehrpflicht in Kraft tritt. Alle anderen könnten sich weiter ohne Zwang freiwillig melden und somit „entspannt zurücklehnen“. Doch genau das dürfen wir als Interessenvertretung für junge Menschen innerhalb der SPD nicht tun. Mit Betroffenen, Expert:innen und unter Berücksichtigung der aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungen sollte ein durchdachtes Konzept erarbeitet werden, welches natürlich in den kommenden Jahren weiter reflektiert werden muss.

Mit Trump als US-Präsident nimmt Deutschland innerhalb der NATO eine gewichtigere Rolle ein und der Fokus zentriert sich auf Europa – dies gilt jedoch nicht für die Beschaffung, bei der weiterhin auch US-Unternehmen Großaufträge abräumen. Auch die Abstimmung mit unseren wichtigsten Partnerationen, was die Ausrüstung und Ausbildung an Systemen von Nationen, die im Verteidigungskonzept der NATO gemeinsam in ähnlichen Abschnitten aktiv sind, sollte zunehmend eine Rolle spielen. Die massiven Investitionen in Rüstung bringen Deutschland und die NATO nur weiter, wenn wir in unserem Verständnis als Transitland auch in unser Straßen- und Schienennetz sowie in unsere Häfen und Flughäfen investieren können. Auch unsere zivile Infrastruktur ist keinesfalls ausreichend für einen ernsthaften Bevölkerungsschutz. Der Grad zwischen der von Pistorius geforderten Verteidigungsfähigkeit zur glaubwürdigen Abschreckung und einem von Lobbyinteressen eskalierten und vom Kapitalismus getriebenen Wettrüsten, sollte aus der Perspektive eines pazifistischen Jugendverbandes beleuchtet werden.

A14 Arbeitskampf mutig führen: Achtstundentag verteidigen!

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 11.09.2025

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die SPD-Bundestagsfraktion, die Bundesministerin für
- 2 Arbeit und Soziales Bärbel Bas und die Bundesjusos auf, sich statt der
- 3 Aufweichung des Achtstundentages weiter für die 25-Stunden-Woche einzusetzen.
- 4 Auf dem SPD-Debattenkonvent 2022 wurde auf Bundesebene bereits der Antrag „Mehr
- 5 Zeit für das was zählt – Arbeitszeitverkürzung jetzt!“ beschlossen. Die hier von
- 6 den Jusos geforderte Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 25 Stunden wurde
- 7 damals angenommen. Im Kampf um Arbeitszeit wurde hiermit ein klarer Impuls für
- 8 bessere Arbeits- und Freizeitbedingungen gesetzt.
- 9 In dieser Tradition kommt eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeiten nicht
- 10 in Frage. Im stetigen Kampf um Arbeitszeit und Lohn für diese, stehen die Jusos
- 11 klar gegen die als „Flexibilisierung“ getarnte Verlängerung zur Ausbeutung der
- 12 arbeitenden Bevölkerung.
- 13 Für uns ist daher klar: eine Aufweichung des Achtstundentages darf es mit dieser
- 14 Partei nicht geben. Dem aktuellen Klassenkampf von oben darf sich nicht gebeugt
- 15 werden!

Begründung

Nach dem neuen Konzept der Bundesregierung sollen die Arbeitszeitregelungen „flexibilisiert“ werden. Statt einer maximalen Arbeitszeit von acht Stunden am Tag, soll die wöchentliche Arbeitszeit flexibel verteilt werden können. Als maximale Wochenarbeitszeit stehen hier 41 bzw. 48 Stunden im Raum, welche flexibel auf deutlich weniger Tage als bislang verteilt werden könnten. Eine komplette Entkopplung von Arbeitstag und Arbeitszeit, als „Flexibilisierung“ getarnt, könnte für die Arbeitnehmer:innen jedoch tägliche Arbeitszeiten von zehn, zwölf oder sogar 14 Stunden zur Folge haben. Dabei sind flexiblere Arbeitszeiten in vielen Bereichen bereits heute möglich. Etwa in der Gastronomie sind es bereits Arbeitszeiten von bis zu 10 Stunden am Tag, im Gesundheitswesen arbeitet das Personal zum Teil in 12- und 24-Stunden-Schichten.

8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit, 8 Stunden Schlaf. Dies ist das Grundkonzept des Achtstundentages. Dabei gehen von der Freizeit bereits die Mittagspause und der Arbeitsweg ab. Freizeit ist dabei schon ein trügerischer Begriff, da diese eigentlich nicht nur der Erholung von der Arbeit dienen sollte. In der Zeit, in der sich Körper und Geist von der Arbeit erholt, besteht noch keine wertige freie Zeit, welche für die eigene Lebensgestaltung, Familie und Selbstverwirklichung bereitsteht. Hierfür ist eine Reduktion der täglichen Arbeitszeit notwendig.

Betriebs- und personalwirtschaftlich macht es Sinn, die Arbeitszeit nicht über 8 Stunden zu verlängern, da die langfristige Personalplanung andernfalls gefährdet wird. Der Mensch ist folglich selbst aus betrieblicher Sicht ein Produktionsfaktor, der zwingend ausreichend Regeneration braucht. Es steigt etwa

das Unfallrisiko nach den acht Stunden exponentiell an. Folgen zu langer Arbeitszeiten wie Schlafstörungen, Herz-Kreislaufkrankungen, Burn-Out und weitere bedeuten auch für das Unternehmen Ausfall von qualifiziertem Personal. Selbst wenn die aktuellen Regeln zu unflexibel wären: Flexibilisierung auf Kosten menschlicher Gesundheit ist nicht hinnehmbar.

Der Achtstundentag kann nicht dem Argument, man müsse die deutsche Wirtschaft retten, geopfert werden. Die vergangenen politischen Entscheidungen, z. B. in der Rezession zu sparen, dürfen nicht zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen. Das Argument, die deutsche Wirtschaft sei aufgrund einer "faulen" Bevölkerung in der jetzigen Situation, ist ökonomisch unterkomplex und ein Schlag ins Gesicht aller arbeitenden Menschen in Deutschland. Es besteht zudem kein Konsens unter Ökonom:innen, dass eine Erhöhung der täglichen Arbeitszeit das Allheilmittel ist. Bislang geleistete für Arbeitgeber:innen – oft kostenlos – geleistete Überstunden werden hier geflissentlich ignoriert.

Die Begründung, dass die Deutschen weniger arbeiten würden, als andere Europäer:innen, hinkt. Diese Annahme wird durch einen hohen Anteil an Teilzeitkräften verfälscht. Möchte man die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Deutschland zwingend erhöhen, sollte man sich auf Unterstützung für jene Kräfte fokussieren, denn Teilzeitkräfte leisten nebenbei oft unbezahlte Care-Arbeit. Es könnte Teilzeitkräften durch ein besseres Angebot an Kinderbetreuung und Pflege für Angehörige der Rücken gestärkt werden, um ihnen eine höhere Wochenarbeitszeit zu ermöglichen.

In Arbeitskämpfen geht es letztendlich immer um Zeit. Wie viel persönliche Lebenszeit wird den Arbeitgeber:innen zur Verfügung gestellt und wie teuer wird sie bezahlt. Die Jusos setzen sich hierbei bereits seit Jahren für eine Reduktion der Arbeitszeit und bessere Vergütung ein. Mit einer SPD-Arbeitsministerin darf es daher keine weitere Aufweichung der täglichen Arbeitszeit geben.

A15 Klimaschutz in Thüringen ernsthaft finanzieren.

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 11.09.2025

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für eine
- 2 Fortführung des Thüringer Windbeteiligungsgesetzes einzusetzen sowie die
- 3 Beteiligung der Gemeinden vor Ort und von Bürger:innen auszubauen. Außerdem
- 4 fordern wir, die Fortführung und stabile Finanzierung des Klimapaktes zum
- 5 effizienteren Ausbau kommunaler Klimaschutzmaßnahmen.

- 6 Wir fordern insbesondere die direkte Beteiligung von Anwohner:innen – wie im
- 7 ursprünglichen Entwurf vorgesehen – in das **Windbeteiligungsgesetz** aufzunehmen,
- 8 um so einen direkten Ausgleich zu schaffen.

- 9 Weitere Kürzungen bei der Finanzierung vom **Klimapakt** sind zu unterlassen und das
- 10 Budget wieder auf eine ernst gemeinte Finanzierung auszubauen. Die
- 11 Originalforderung von 50 Millionen Euro können hier als Untergrenze zur
- 12 Orientierung dienen.

- 13 Thüringens Zukunft muss klimagerecht sein.

Begründung

Wir alle wissen: Der Klimawandel kommt nicht, er ist längst da. Die Energiewende hin zu Grünen Energien muss geschafft werden, doch das geht nicht ohne Akzeptanz vor Ort. Hier hat das Thüringer Windbeteiligungsgesetz einen wichtigen Grundstein gelegt, um die monetäre Beteiligung von Gemeinden mit dem Ziel einer Verbesserung der Lebensbedingungen betroffener Anwohner:innen zu stärken. Auf diesen Grundstein muss nun aufgebaut werden, wofür zunächst sein Schutz vor Attacken der Koalitionspartner:innen wichtig ist. Wir wollen jedoch noch weiter gehen. Für den Gewinn der mit den Windkraftanlagen erwirtschafteten Stromerzeugnisse sollte die Abgabe von 0,1 ct an die Anwohner:innen von den Betreiber:innen gezahlt werden, zusätzlich zu den 0,2 ct pro Kilowattstunde, die bereits die Gemeinde erhält.

Jeden Sommer sterben insbesondere vulnerable Menschen durch Hitze. Diese Krise nimmt seit Jahren zu. Das Programm Klimainvest / Klimapakt war hier ein starkes Zeichen der Landesregierung zur Unterstützung der Kommunen beim generationengerechten Gestalten der Innenstädte. Eine Aussetzung der bisherigen Finanzierung darf daher aus unserer Sicht nicht durch die SPD-Landtagsfraktion toleriert werden.

A16 Kuschelkurs ohne Safeword? Wo sind die roten Linien in der Brombeerkoalition?

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 11.09.2025

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern den Landesvorstand der SPD sowie die
- 2 Landtagsfraktion dazu auf, klare rote Linien in der Zusammenarbeit mit CDU und
- 3 BSW zu formulieren und glaubwürdige Konsequenzen aus dem Überschreiten solcher
- 4 zu ziehen.
- 5 Grenzen sollten bei Anträgen und Abstimmungen außerhalb der Koalition oder
- 6 Unterstützung von AfD-Kandidaturen gezogen werden. Als Maßnahme, bei
- 7 Überschreitung dieser Grenzen, soll der Übergang zu einer konstruktiven
- 8 Oppositionsarbeit angestrebt werden.
- 9 Daneben darf auch die medienwirksame Normalisierung rechtsextremer,
- 10 faschistischer, rassistischer oder menschenverachtender Positionen durch
- 11 Landtagsabgeordnete und Minister:innen von CDU und BSW von uns nicht
- 12 unkommentiert stehen gelassen werden. Es muss eine öffentliche Benennung,
- 13 Aufklärung sowie Einordnung vonseiten der SPD – neben der koalitionsinternen
- 14 Auswertung – stattfinden.

Begründung

Die Brombeerkoalition besteht aus drei Parteien: dem BSW, welches sich durch AfD-Podcasts kuschelt, der CDU welche gerne rechtsextreme Richter:innen wählen würde und der SPD-Fraktion, von der nichts zu hören ist.

Rote Linien, die vorab behauptet wurden, scheinen vergessen. Irgendwo zwischen Regierungsverantwortung und der Angst, ohne sie in der Regierung würde die Zusammenarbeit der anderen mit der AfD in einer Minderheitsregierung eskalieren und es würden sich wechselnde Mehrheiten gesucht, findet man die Rechtfertigung gelähmt daneben zu stehen. Nichts zu tun, nichts zu sagen und das Unrecht schweigend zu ertragen. Doch die SPD ist mehr als eine Vermittlerin von Positionen zwischen Konservativen und Linken und darf ihre eigene Identität nicht aufgeben, um sich letztendlich in die Bedeutungslosigkeit zu verabschieden.

Wir können keine Positionen aufgeben, die ureigen zu unserer Partei-DNA gehören. Denn ohne eigene Identität, die auch nach außen sichtbar sein muss, schaffen wir uns selbst ab. Wir sind und waren immer Antifaschist:innen und laut als solche! Wir haben den Anspruch eine Arbeiter:innenpartei zu sein, die es ernst meint mit dem Klassenkampf. Aber unser Sinn für Verantwortung und unsere zunehmende Duldung für die sich allmählich zuspitzenden antidemokratischen Bestrebungen rütteln an unserer Glaubwürdigkeit.

Ein Kompromiss darf nie durch Selbstaufgabe besiegelt werden.

A17 Polizeistaat? Nein, Danke!

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 11.09.2025

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, den aktuellen Entwurf
- 2 für das Polizeiaufgabengesetz anzupassen, um unverhältnismäßige
- 3 Grundrechtseinschränkungen zu verhindern.
- 4 Mit einer SPD in der Landesregierung dürfen aus Sicht der Jusos folgende Punkte
- 5 nicht beschlossen werden:
- 6 Die **Einführung von Tasern** als neue Standardwaffe der Polizei, die **Nutzung von KI**
- 7 **zur Musterüberwachung** zur Prävention von möglichen Gefahren, die **Automatisierte**
- 8 **Kennzeichenerkennung**, der **Einsatz von biometrischen Daten** zur Online-Fahndung.
- 9 Der **Einsatz von automatisierter Datenverarbeitung** mittels Palantir-Software und
- 10 Ablegern ist ebenso abzulehnen, wie die **Meldeauflagen** auf Verdacht.
- 11 Nachbesserungsbedarf besteht unter anderem im Bereich der geplanten Fußfessel.
- 12 Die hier vorgesehene elektronische Aufenthaltsüberwachung von Täter:innen –
- 13 welche mehrfach gegen Schutzauflagen verstoßen haben oder mit schweren
- 14 Straftaten drohen – bedarf, um Missbrauch vorzubeugen, mindestens richterlicher
- 15 Anordnung. Der Anwendungsbereich ist außerdem zu konkretisieren und auf die
- 16 Fälle von häuslicher Gewalt für besseren Opferschutz zu beschränken.

Begründung

Taser als neue Waffe für die Polizei in Thüringen sind in vielerlei Hinsicht umstritten. Zum einen können Polizist:innen die Vorerkrankungen deren Gegenübers in den meisten Fällen nicht kennen. Das Ausmaß der durch den Taser ausgeübten Gewalt kann somit in vielen Fällen nicht richtig eingeschätzt werden. In den USA gibt es nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters über 1000 Tote im Zusammenhang mit Tasereinsätzen. Eine versehentliche Tötung bei niedrigerer Hemmschwelle wird somit durch die allgemeine Verbreitung des Tasers billigend in Kauf genommen. Außerdem erhöht das sichtbare Tragen eines Tasers nach einer Studie der Cambridge University die Eskalationsgefahr und zusätzlich sinkt die Hemmschwelle der Polizei, Gewalt auszuüben. Daneben sind Taser nur eingeschränkt zuverlässig, insbesondere wenn das Gegenüber dickere Kleidung trägt, wie es in Deutschland über weite Teile des Jahres der Fall ist.

KI-Musterüberwachung ist eine verdachtslose Videoüberwachung, die aus unserer Sicht der Umsetzung von Gesichtserkennung im öffentlichen Raum Vorschub leistet. Die Installation von Kameras zur Überwachung von Menschen, die sich frei und unbedarft im öffentlichen Raum bewegen, stellt diese unter Generalverdacht. Die Festlegung, an welchen Orten diese Kameras etabliert werden sollen, unterliegt zudem einer politischen Willkür. Die Erkennung von Mustern, die über Festnahme, Großeinsatz oder ungerechtfertigte Gewaltanwendung entscheiden, darf einer KI in einem Rechtsstaat nicht überlassen werden. Zudem zeigen Auswertungen aus Großbritannien, dass sich Straftaten durch Videoüberwachung lediglich in geschütztere Räume verschieben. Eine Reduktion fand dort insbesondere bei Eigentumsdelikten in den überwachten Arealen statt, während sich weder die Sexual- noch Gewaltdelikte

reduzierten. Eine KI, die Muster erkennt, ist zudem anfällig für einfach zu registrierende rassistische Stereotype. Daneben beschreibt der Chilling-Effekt, dass sich Menschen mit legitimen Anliegen wie einem friedlichen Protest, potentiell durch Überwachung einschüchtern lassen.

Die automatisierte Kennzeichenerkennung bietet ebenso Raum für Missbrauch, da für das Erkennen einzelner Kennzeichen alle gescannt werden müssen. Diese Daten sind geeignet, Bewegungsprofile von Menschen zu erstellen, die sich nichts zu schulden kommen lassen haben.

Biometrische Daten werden dem Staat durch Bürger:innen anvertraut, um sich ihm gegenüber auszuweisen. Diese Daten für eine Fahndung online zu missbrauchen, ist eine Zweckentfremdung für die der bloße Verdacht der Begehung einer Straftat nicht ausreichend ist. Die Hürde für die Fahndung online nach Menschen mit Bildern ihrer Gesichter oder Aufnahmen ihrer Stimme muss besonders hoch sein. Ohne einen Haftbefehl darf die Privatsphäre von Menschen auch online nicht mutwillig durch den Staat durchleuchtet werden. Zudem werden die Opfer solcher digitaler Übergriffe auf ihr informationelles Selbstbestimmungsrecht oftmals nicht über diese in Kenntnis gesetzt. Somit handelt es sich um eingriffsintensive, heimliche Überwachungsmaßnahmen die nach dem Bundesverfassungsgericht nur zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter möglich sind, wenn für diese eine zumindest hinreichend konkrete Gefahr besteht. Daneben lassen sich über die Rückwärtssuche online für die Ermittlung völlig irrelevante Informationen, wie politische Gesinnung, Religionszugehörigkeit oder Sexualität ausspähen. Als Bilder für diese Suche sind potentiell auch bei öffentlichen Versammlungen gemachte Aufnahmen möglich. Auch dies kann Menschen davon abhalten, Positionen zu beziehen und Vorabgehorsam fördern.

Durch den Einsatz von automatisierter Datenverarbeitung mittels Palantir-Software werden Daten unbedarfter Bürger:innen selbst wenn diese auf EU-Boden verarbeitet werden sollten, in die Arme eines US-Unternehmens gegeben, welches durchaus ein anderes Verständnis von Persönlichkeitsrechten und Datenschutz haben kann. Voraussagen eines Systems, welches sich der menschlichen Nachvollziehbarkeit entzieht, können nicht Grundlage von Entscheidungen der Exekutive werden. Zudem urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die staatlich erhobenen Daten nicht ohne ausgiebige Abwägung der Verhältnismäßigkeit im Rahmen einer konkreten und vorab definierten Gefährdung zweckentfremdet werden dürfen. Wie bereits oben beschrieben sind solche heimlichen Überwachungsmaßnahmen zurecht an äußerst hohe Hürden geknüpft. Wie man bereits in der jüngeren Vergangenheit sieht, verwässern öffentliche Debatten jedoch immer wieder die Auffassung, die politische Entscheidungsträger:innen von „gewichtigen“ Rechtsgütern haben, wenn man zum Beispiel an die Präventivhaft für Klimaaktivist:innen in Bayern denkt. Insofern ist es aus unserer Sicht nicht sinnvoll, einem Staat Werkzeuge in die Hand zu geben, die eine Überwachung einer breiten Bevölkerung ermöglichen, selbst wenn diese zunächst nicht das Ziel der Einführung ist. Die Polizei hat bereits die Möglichkeit, einzelne heimliche Überwachungsmaßnahmen durchzuführen und daher fehlt es an einer ausreichenden Rechtfertigung für die Einführung eines Massenüberwachungsinstrumentes wie Palantir.

Meldeaufgaben für Menschen, die der Polizei nur verdächtig vorkommen, schränken die, die nicht rechtskräftig verurteilt sind, in ihren Grundrechten ein. Die im Grundgesetz garantierte Freizügigkeit ist hier in Gefahr. Eine soziale Ausgrenzung und Stigmatisierung droht. Während diese Maßnahme mit Prävention gerechtfertigt werden soll, fehlt es ihr an dem Mehrwert für schikanierte Bürger:innen. Besonders Menschen, die in mehreren Jobs arbeiten oder pendeln, um sich ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, können durch tägliche, wöchentliche oder monatliche Meldepflichten in finanzielle Schieflage geraten, wenn die Arbeit mit den Terminen kollidiert. Daneben bietet die Polizei in dem Moment keine Sozialarbeit oder psychologische Betreuung an, welche die aus ihrer Sicht gefährlichen Personen in deren Welt abholen und ihnen Perspektiven eröffnen. Ein Termin um 11 Uhr bei der Polizei verhindert weder den Drogenkonsum am Abend noch ändern sich hierdurch die Freundeskreise. Echte Hilfe geht anders! Dazu kommt die Frage, wie und von wem festgelegt wird, wer verdächtig genug für eine Meldepflicht ist. Reicht es da, auf einer Demo gewesen zu sein? Reicht es, einen Diebstahl begangen zu haben? Reichen die falschen Freund:innen, mit denen man gesehen wurde? Und dann war es das, mit dem geplanten Urlaub, dem geliebten Hobby oder der Zeit, in der man sich tatsächlich hätte Hilfe suchen können. Neben die bereits existierenden Möglichkeiten der gerichtlich auferlegten Sozialstunden, Bewährungshilfe,

Jugendamt und Sozialarbeit gestellt, enttarnt sich die Meldepflicht als absehbare Schikane von noch nicht verurteilten und damit der Unschuldsvermutung unterliegenden Bürgern:innen. Eine Förderung der oben genannten Strukturen und insbesondere von Schulsozialarbeit und Streetworker:innen sollte stattdessen die Antwort sein.

Die SPD strebt mit der Initiative für den verbesserten Opferschutz bei häuslicher Gewalt ein Modell an, welches sich in Spanien bewährt hat. Haben Täter:innen Fußfesseln, die die Opfer informieren, wenn diese sich nähern, können Konfrontationen und Übergriffe und am Ende auch Femizide verhindert werden. Dieses Anliegen ist verständlich und relevant. Uns ist hierbei wichtig, dass sich das auch so konkret im neuen PAG wiederfindet. Verallgemeinerungen, die die Ausstattung von potentiellen Gewalttäter:innen insgesamt, von Ladendieb:innen, Lebensmittelretter:innen, Jugendlichen mit Fluchttendenzen oder Demonstrant:innen ermöglichen, sind strikt abzulehnen und öffnen Tür und Tor für Missbrauch.

Dem staatlichen Gewaltmonopol sind Grenzen zu setzen, die auch im Blick auf zukünftige Regierungen eine stabile, freiheitliche Gesellschaft garantieren statt einzuschränken und zu überwachen. Der Schutz der Privatsphäre vor Übergriffen eines autoritären Staates sollte hier Priorität über die Illusion von Sicherheit haben.

A18 Vision Integration – Mit einer positiven Migrationsbotschaft in die Zukunft

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 11.09.2025

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern ein Projektwochenende auf Bundesebene zur
- 2 Erarbeitung eines progressiven Migrationskonzeptes auf Basis der bisherigen
- 3 Beschlusslage und einer entsprechenden Kommunikationsstrategie. Die Ergebnisse
- 4 sollten sich nicht nur in der öffentlichen Kommunikation der Jusos wiederfinden,
- 5 sondern allen Interessierten zugänglich gemacht werden.

- 6 Mit einer positiven Zukunftsvision im Bereich Migration soll der öffentliche
- 7 Diskurs aktiv langfristig verschoben werden, statt rein defensiv auf rechte
- 8 Propaganda zu reagieren. Mit Fakten untermauert sollen in der breiten
- 9 demokratischen Gesellschaft sowohl anschlussfähige als auch provokative
- 10 Botschaften verbreitet werden. Diese sollte sich einem vielfältigen Deutschland
- 11 verschreiben und sich rassistischen Tendenzen entgegenstellen.

- 12 Es reicht nicht, dass wir mehr sind. Wir müssen auch lauter werden. Und hierfür
- 13 braucht es eine starke jungsozialistische Stimme, um Aufbruchstimmung zu
- 14 verbreiten.

Begründung

Die Jusos und die SPD haben Konzepte für gelungene Integration. Aber sie schaffen es nicht, diese offensiv genug zu vermitteln. Die sich wiederholende negative Bespielung des Themas durch Rechtspopulist:innen verschiebt den öffentlichen Diskurs. Das können wir nicht weiter zulassen!

Daher bedarf es einer niederschweligen Kommunikationsstrategie, die selbst den Ton für die Debatte setzt und sich nicht vor einem rechten Aufschrei fürchtet, sondern ihm mutig entgegentritt. Langfristig kann nur mit einem Mix aus Provokation und anschlussfähigen Botschaften ein neues Narrativ geschaffen werden. Hierfür ist es sinnvoll Menschen mit Ideen, Expert:innen und kreative Köpfe zu versammeln, um bisherige Bemühungen zu bündeln.

Die aktuelle „Debattenkultur“ im Bereich Migration verroht in rasender Geschwindigkeit und entmenschlicht dabei unsere Mitbürger:innen. Progressive Stimmen geraten ins Abseits und es geht immer nur noch darum, das „Problem“ Migration zu lösen. Dabei könnte mit einigen gezielten Investitionen zum Beispiel die Ausstattung der Kommunen verbessert werden. Deutschland kann wieder für Menschlichkeit und Toleranz stehen, davon sind wir überzeugt. Und die Jusos können hier die Initiative ergreifen!

A19 Die Maske muss fallen! Spahn-Untersuchungsausschuss jetzt!

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 11.09.2025

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern den Bundeskongress der Jusos sowie die Fraktion der
- 2 SPD und im Besonderen die Jusos im Bundestag dazu auf, die Opposition aus
- 3 Bündnis 90 / Die Grünen und die Linke bei ihrem Antrag für einen
- 4 Untersuchungsausschuss der Maskenaffäre von Jens Spahn zu unterstützen.

- 5 Die parlamentarische Kontrollfunktion der Opposition stellt ein wichtiges
- 6 politisches Instrument dar, welches nicht durch den Fakt sabotiert werden darf,
- 7 dass dort aktuell Parteien des demokratischen Spektrums keinen ausreichenden
- 8 Anteil mehr haben, um gemeinsam einen Untersuchungsausschuss zu beantragen. Ohne
- 9 die vorgezogene Wahl und in diesem Rahmen vom ehemaligen
- 10 Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach bedingte Verzögerung der
- 11 Veröffentlichung des Berichts von Margaretha Sudhoff zur Maskenaffäre, wäre
- 12 dieser Untersuchungsausschuss bereits letzten Herbst beschlossen worden.

- 13 Auch um den Willen der Glaubwürdigkeit, Integrität, Transparenz und
- 14 Verantwortung innerhalb der Koalition ist es daher wichtig, dass in der
- 15 Vergangenheit aufgetretene Ungereimtheiten lückenlos aufgeklärt werden.

Begründung

Die Maskenaffäre von Jens Spahn steht sinnbildlich für einen der anrühigsten Momente der Coronazeit. Wie im Bericht von Frau Sudhoff gut aufgearbeitet, gab das Gesundheitsministerium unter Leitung des Gesundheitsministers Jens Spahn viel Geld für Masken aus. Viel Geld, welches für Masken zu übersteuerten Preisen, Verträge mit langer Laufzeit, Logistikunternehmen mit unzureichender Ausstattung für die gewaltige Aufgabe und Vermittlungsprovisionen der Firmen für Menschen aus dem CDU-nahen Bekanntenkreis draufging.

Im mittlerweile ungeschwärzt vorliegenden Bericht zeigt sich, dass das nun von der CDU geführte Gesundheitsministerium hier Bereiche verbergen wollte, in denen es insbesondere um die Fragen zu den Verträgen mit einem Schweizer Unternehmen ging. Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen? Wie kam es dazu, dass ein Minister in einem Bundesministerium, welches eher geringe Erfahrung mit Beschaffung in großem Stil hatte, diese an sich riss, Hilfe von anderen Ministerien ablehnte und am Ende Menschen aus seiner Region und seinem Dunstkreis davon profitierten? Wie konnte es soweit kommen, dass deutsche Steuerzahler:innen Millionen für Masken zahlten, die zum Zeitpunkt der Lieferung nicht nur viel teurer waren, als jegliche Konkurrenz, sondern von denen viele auch nicht mehr gebraucht wurden, weil viel zu viel bestellt worden war? Als zuständiger Minister trägt man Verantwortung für sein Ministerium – und das nicht nur wenn alles gut läuft, sondern auch wenn Dinge schief gehen. Wann das auffiel und wie die Abläufe im Anschluss waren, lässt sich jedoch aktuell nicht ausreichend klären.

Die Opposition möchte Klarheit – was bei der massiven Verschwendung von Steuergeldern im Interesse jeder Partei im Bundestag sein sollte. Dass hierfür jedoch die Rote Linie – nicht mit der AfD zu stimmen –

nicht fallen soll, zeigt die Prinzipien, an die sich Parteien des demokratischen Spektrums halten. Jedoch sehen wir gleichzeitig, dass die Oppositionsarbeit gelähmt wird.

Um dennoch dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung und der Gefahr des Vertrauensverlustes in die aktuelle Regierung entgegenzutreten, sollte die SPD den Untersuchungsausschuss für die Maskenaffäre unterstützen. Da sich die Verantwortlichen weiterhin in hohen politischen Ämtern befinden, gebietet es die Transparenz, eine lückenlose Aufklärung zu ermöglichen und Unklarheiten zu beseitigen.